

Bezugpreis: Vierteljährl. 9.—, Monatl. 3.—, frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3.—, evtl. für Postumschlag.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Einzelnenpreis: Die abgegriffene Kuponzeile folgt 1.30 M. „Mein Wegweiser“.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 28. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

An die Partei!

Parteigenossen! Parteigenossen! Fast fünf Jahre kämpfte die deutsche Sozialdemokratie für die Beendigung des Krieges und für einen Frieden, der Freundschaft und kulturellen Wettstreit der Nationen ermöglichen sollte.

für uns das Endergebnis dieses Krieges geworden, ein Frieden, der die Völker dauernd zu verfeinden droht, der den interalliierten Kapitalismus und Imperialismus über den deutschen Sozialismus siegen ließ.

Aufs tiefste niedergebeugt geht das deutsche Volk schwerer Prüfung entgegen. Wenn wir trotzdem nicht verzweifeln, wenn wir dem fürchterlichen Schicksal nicht unterliegen, so nur, weil wir Sozialdemokraten sind und in der Verwirklichung des Sozialismus die alleinige Rettung aus dem gegenwärtigen Elend sehen.

Puttschistische Aktionen dagegen dienen letzten Endes nur der Reaktion;

sie führen unser Volk und Land unentrinnbar in den Abgrund und machen jeden Aufstieg unmöglich.

Als Sozialdemokraten wissen wir, daß wir der Entwicklung der Gesellschaft nicht vorgreifen können. Frei sein heißt nicht nur Freiheit für sich selbst in Anspruch nehmen, sondern in einer Volksgemeinschaft von Freien zu leben.

Sie bringt nach mehr als vierjährigem Krieg den Bürgerkrieg

in Deutschland und im weiteren den allgemeinen Zusammenbruch der Völker.

Wohl ist die Politik der Partei eine ungeheure Belastungsprobe für die Geduld und noch mehr für die politische Einsicht der deutschen Arbeiterklasse. Aber besteht sie diese Probe nicht, dann wird Deutschland in der Kultur um viele Jahrzehnte zurückgeworfen.

Wir werden weiter in Dorf und Stadt, in Land und Reich ununterbrochen wirken, um die Forderungen unserer Partei zur materiellen Hebung der Arbeiterklasse durchzuführen.

Sozialisierung und Kommunalisierung

der dazu reifen Betriebe und Industriezweige zur Sicherung der Lebenshaltung der Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten muß verwirklicht werden. Ebenso muß die Arbeiterklasse moralisch, geistig und kulturell gehoben werden.

Wir werden in der Reichsverfassung die republikanische Verfassung sichern, um für immer die Wiederkehr der früher herrschenden Mächte zu hindern und Kriege für Deutschland unmöglich zu machen.

Imperialismus und Militarismus, kapitalistische Ausbeutung in jeder Form haben diesen Krieg verursacht. Die Niederwerfung des Sozialismus in Deutschland, in seinem Ursprungs- und Zukunftsland ist das Streben der Entente.

Parteigenossen! Schart Euch zusammen in den Organisationen der Partei. Stärkt unsere Presse, schmiedet die Waffen des geistigen Kampfes, die den Endsieg verbürgen!

Vorwärts und aufwärts! Durch Nacht zum Licht!

Berlin, den 27. Juni 1919.

Der Parteivorstand.

- Bartels. Braun. Frank. Juchacz. Molkenuhr. Müller. Pfannkuch. Ritter. Ryndel. Scheidemann. Schulz. Wels.

Billigere Lebensmittel?

Die Regierungsvorschläge zur Einigung mit den Eisenbahnern.

Die Eisenbahnerbewegung wird von der Regierung mit allem Ernst behandelt. Sie hat sich entschlossen, die Forderungen der Eisenbahnarbeiter und Beamten die ja bekanntlich unerfüllbar sind, mit Gegenvorschlägen zu beantworten.

Wir geben nachstehend in Form einer Tabelle die vereinbarten Preisfestsetzungen für Auslandslebensmittel wieder:

Table with 3 columns: Menge pro Woche und Kopf, Preis pro Pfund, Preis pro Kilogramm. Items include Roggenmehl, Ausl. Fleisch, Reis, and Speck.

Außerdem soll der Preis für Kartoffeln, ganz gleich ob es sich um Inlands- oder um die nur sehr teuer zu importierenden ausländischen Frühkartoffeln handelt, von bisher 25-30 Pf. auf 12-13 Pf. herabgesetzt werden.

Die Beratungen einer solchen Preisherabsetzung gehen schon seit längerer Zeit, sind also nicht erst durch den Streik veranlaßt worden. Nur war dieser Plan bisher auf den Widerstand des bisherigen Reichsfinanzministers Denburg gestoßen.

Ganz besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß die bisher außerordentlich teuren Auslandslebensmittel nunmehr für das ganze Volk verbilligt werden sollen. Damit würde auch für eine ganze Reihe von anderen Gewerbesteuern der Grund für weitere Lohnbewegungen, soweit er in den hohen Preisen der rationierten Lebensmittel zu suchen ist, beseitigt werden.

Obwohl zwei große Versammlungen, die von diesen Bewegungen noch keine Kenntnis hatten, sich für die Fortsetzung des Streiks ausgesprochen haben, ist zur Stunde der Niederschrift zu hoffen, daß die Eisenbahnarbeiter diese Vorschläge annehmen werden.

Auf die Folgen eines Verkehrsstreikes braucht nicht noch einmal hingewiesen zu werden. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die besonnenen Teile der Arbeiterschaft sich im Interesse der Allgemeinheit die Zurückhaltung auferlegten, die die Not der Stunde gebietet. Zu der Tat haben bereits einzelne Versammlungen sich gegen den Streik ausgesprochen, wie ja auch die Verhandlungsleitungen für eine Beilegung der wilden Streiks sind.

Die Regierungsvorschläge über das Mitbestimmungsrecht.

In der Frage des Mitbestimmungsrechtes will die preussische Staatsregierung den Eisenbahnern entgegenkommen. Nach Zusicherungen des Eisenbahnministers Defer soll die Vertretung nicht nach dem sogenannten Mehrstem erfolgen, und zwar deswegen, weil die Rechte der Landesparlamentarier zunächst verknüpfert würden und weil man dieses Mehrstem unter schwerer Bedrohung verstanden hat.

Ne Beschleunigung durchzuführen. Der Eisenbahnminister hat alle Sonderrechte, die bei Einbringung der früheren Betriebsratsgesetzentwürfe für die Eisenbahn geltend gemacht wurden, zur Verfügung gezogen.

Der Verlauf der Verhandlungen.

Um 12 Uhr mittags begannen die Verhandlungen mit der engeren Kommission. Bei Beginn erklärte Minister Deser, es sei bekannt geworden, daß ein Mitglied des Zentralrates in Potsdam den Generalstreik proklamiert hat. Die Verhandlungen wurden zunächst abgebrochen, damit das preussische Kabinett angefaßt der neuen Sachlage neue Beschlüsse fassen konnte. Um drei Uhr nachmittags erklärte der Ministerpräsident, daß in Anbetracht dieses Umstandes die Staatsregierung nur dann verhandeln würde, wenn die Organisation noch heute die weiter unten angeführten Erklärungen veröffentlichte und wenn das Mitglied des Zentralrates, das den Generalstreik proklamiert hat, an den Verhandlungen nicht mehr teilnimmt.

Nach eingehenden Darlegungen der verschiedenen Regierungsvertreter gaben die Delegierten der einzelnen Organisationen ihre Erklärungen zu den Voranschlägen der Regierung ab. Sie erkannten den Wert der Angebotskassette vollkommen an, bestanden aber andererseits, daß bei den Arbeitern doch eine gewisse Enttäuschung Platz greifen werde, weil ihnen nicht alles bewilligt worden sei. Sie versprachen, bei ihren Mitgliedern dafür einzutreten, daß die Arbeit umgehend wieder aufgenommen wird.

Zum Schluß nahm der Ministerpräsident noch einmal das Wort und sprach die Hoffnung aus, daß die Arbeit nunmehr wieder aufgenommen wird und Veranlassungen zu neuen Streiks sich nicht wieder bieten werden. Er ermahnte die Eisenbahnarbeiter besonders, sich nicht von kommunistischen Agitatoren ins Schlepptau nehmen und zu politischen Zwecken mißbrauchen zu lassen.

Die Aufrufe der Verbände.

Die Aufrufe, die von den Organisationen auf die Forderung der Regierung an die Arbeiterschaft gerichtet wurden, haben folgenden Wortlaut:

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes erklärt, daß der gegenwärtige Streik der Eisenbahner ohne seine Zustimmung zustandekommen ist, daß er diesen Streik entschieden verurteilt, insbesondere deshalb, weil er vor Beginn der Verhandlungen mit der Regierung ausgebrochen und während derselben sich weiter ausbreitet hat. Wir richten an unsere Mitglieder das dringende Ersuchen, sich weder von parteiistischer noch von reaktionärer Seite zu Tuscheln und Unbesonnenheiten verleiten zu lassen. Die Aufbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Eisenbahner und die Erfüllung der sonstigen Forderungen können nur erreicht werden, wenn die gewerkschaftliche Disziplin streng gewahrt wird. Deshalb fordern wir unsere Mitglieder auf, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen.

Der Allgemeine Eisenbahnerverband, die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, die Gemeinschaft der Staatsbahnarbeiter und Arbeiter und der Eisenbahnbeamtenbund richten folgenden Appell an ihre Mitglieder:

Die Mißbilligung des Eisenbahnerstreiks, die ausgebrochen und von Einseitigkeit und während der Führung der Verhandlungen zwischen den beteiligten Organisationen und den maßgebenden Stellen, auf das schärfste, weil durch diese Streiks ein Erfolg der Verhandlungen in Frage gestellt wird. Wir fordern deshalb unsere Mitglieder, soweit sie etwa am Streik beteiligt sind, auf, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Das Ergebnis der Verhandlungen wird alsbald nach ihrem Abschluß bekanntgegeben werden.

Die politische Bedeutung des Eisenbahnerstreiks.

Immer deutlicher zeigt sich, daß die Eisenbahner von den kommunistischen Drahtziehern aufs schwerste mißbraucht werden würden. Und bereits verteilt und noch mehr aus den zur Verteilung bereitliegenden Flugblättern geht deutlich hervor, daß der Eisenbahnerstreik als ein Instrument zur Einleitung und Durchführung der Weltrevolution und zur Aufrichtung der Rächerherrschaft in Deutschland dienen soll. Es

steht ferner fest, daß auch der Eisenbahnerstreik gegen die Absicht der im Hintergrunde verbliebenen kommunistischen Führer zu früh losgebrochen ist.

Der Umfang des Streiks.

Gänzlich ruht der Verkehr nach Völkerrfeld-Dst, auf der Wanneseebahn, sowie nach Bernau, Dranienburg und Velten. Teilweise gestört ist der Verkehr nach Jossen, auf der Stadt- und Ringbahn, sowie auf den Vorortstrecken über die Stadtbahn nach Potsdam, Ermer, Kaulsdorf, Grünau. Die einzige Strecke auf der die Arbeiter noch nicht in den Ausstand getreten sind, ist die Strecke Lehrtor Bahnhof-Spandau-Kaenen. Die Verhandlungen in

Breslau

haben noch nicht dazu geführt, daß der Zugverkehr wieder aufgenommen wird.

Es ist zu hoffen, daß die Mitglieder des Allgemeinen Verbandes sich mit den Vorschlägen der Regierung einverstanden erklären werden. Kräftig dies zu, so ist mit einer wesentlichen Besserung des Verkehrs noch im Laufe des morgigen Tages zu rechnen. Welchen Standpunkt der Deutsche Eisenbahnerverband einnehmen wird, werden die Verhandlungen ergeben, die zeitig im Sportpalast stattfinden.

Der Verkehr im allgemeinen ist ungestört geblieben worden. Der Güterverkehr hat bisher Einschränkungen überhaupt nicht erlitten. Die Lebensmittel- und Kohlenversorgung Berlins wird also durch den Streik eine Einschränkung vorläufig nicht erfahren, es sei denn, daß unvorhergesehene Zwischenfälle eine weitere Verschärfung der Streiklage bringen.

Die Frauen zum Eisenbahnerstreik.

In einer stark besuchten Versammlung nahmen die in der S. P. D. organisierten Frauen Groß-Berlins zum Eisenbahnerstreik in folgender einstimmig angenommener Resolution Stellung:

Die im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses am 27. d. versammelten Frauen des Bezirksverbandes Groß-Berlin der S. P. D. richten an die Eisenbahnarbeiter und Beamten den dringenden Appell, unter keinen Umständen in diesem Augenblick in den Streik einzutreten.

Im Namen unserer Kinder rufen wir Euch zu: Nach der Hungerblase durch den Feind keine Hungerblase durch eigene Volksgenossen!

Das geht über unsere Kraft. Auch Ihr habt uns vier Jahre lang unter Preisgabe des eigenen Lebens vor den Schrecken kriegerischer Vorgänge im eigenen Lande bewahrt. Wollt Ihr nun die Schrecken des Bürgerkrieges über uns heraufbeschwören, den die wirtschaftlichen Begleiterscheinungen eines Eisenbahnerstreiks — verstärkte Hungernot, neues Massensterben — im Gefolge haben müßten?

Die in diesen Tagen vorgekommenen Blinderungen von Lebensmitteln und anderen Gütern, würden infolge des Ausbleibens weiterer Zufuhren noch größeren Umfang annehmen. Unsere Jugend, für deren leibliches und seelisches Wohl wir verantwortlich sind, würde neuen demoralisierenden Einflüssen ausgesetzt sein.

Die unausgelebten Streiks führen zu einer totalen Zermürbung unserer gesamten Volkskräfte zu Ruin und Zerrüttung der Nation! Eisenbahner, dazu dürft Ihr Eure Hand nicht bieten! Wir sozialdemokratischen Frauen rufen Euch zu:

Bewahrt uns vor dem Chaos, der Vorstufe der Reaktion, helft uns, das schwere Schicksal, das uns der Kapitalismus durch den verlorenen Krieg auferlegt hat, zu meistern durch zielbewußte Arbeit für den Sozialismus.

Die Beamten drohen mit Generalstreik.

In einer Versammlung der Bezirksräte, Vertrauensleute und Betriebsvorstände der Beamten des Eisenbahndirektionsbezirks Berlin im Sitzungssaal des Potsdamer Bahnhofs wurde neben idealen Forderungen die sofortige Gewährung einer einmaligen Entschädigungssumme von 1200 M. und 200 M. für jedes Kind verlangt. Große Erbitterung riefen die Erfolge des Reichswehrministers Noske betreffend die Währungsreform bei einem etwaigen Eisenbahnerstreik hervor. Es wurde eine Entschädigung angenommen, sofort alle Betriebsvorstände und den Vorstand des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamter aufzufordern. Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen innerhalb 24 Stunden einzuleiten, um eine Einheitsfront aller Eisenbahner zu schaffen. Diese Arbeitseingehaltenheit soll sofort ein Programm, welches alle Forde-

runge im großen Rahmen enthält, der Regierung vorlegen und zur Annahme bringen, unter Einsetzung aller Mittel. Wenden die Forderungen keine Berücksichtigung, best. fest zu erwarten, daß die Allgemeinheit in allernächster Zeit vor Tatsachen gestellt wird, deren Tragweite sich im Augenblick noch nicht übersehen läßt.

Beamte gegen den Streik. Bei der von den Beamten der Güterabfertigung Schlesischer Bahnhof vorgenommenen Abstimmung wurde mit überwiegender Mehrheit gegen eine Beteiligung an dem Streik gestimmt. (71 gegen, 21 für, 1 ungültig.)

Ende des Eisenbahnerstreiks in Liegnitz.

Liegnitz, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Laut einstimmigen Beschluß der Eisenbahner ist der Streik für beendet erklärt worden. Seit 2 Uhr verkehren die Züge wieder. Der gemahregelte Obmann Nietzschel ist definitiv wieder eingestellt worden. Ueber die Lohnforderungen soll noch verhandelt werden. Ueber die Frage des Rästelstems soll eine paritätische Kommission eingesetzt werden.

Breslau, 27. Juni. In der heutigen Versammlung der Eisenbahnbeamten hat die Ausstandsleitung, wie die „Breslauer Zeitung“ meldet, mitgeteilt, daß der Eisenbahnerverkehr morgen, Sonnabend, früh wiederaufgenommen wird. Auch in der Metallindustrie wird die Arbeit wiederaufgenommen.

Massenversammlung der Eisenbahner.

Die Bezirksleitung des Eisenbahnerverbandes hatte Freitag nachmittags eine öffentliche Versammlung der Eisenbahner nach dem Sportplatz einberufen. Hinterter und Gallerie des riesigen Raumes waren von einer Kopf an Kopf gedrängt stehenden Menge angefüllt. Die Zahl der Teilnehmer wurde von der Versammlungsleitung auf 30 000 geschätzt.

D. Schulz (Bezirksleitung) berichtete über die Lohnbewegung. Er betonte, daß es sich nicht um einen politischen Streik handle, sondern daß die Bewegung

nur wirtschaftliche Ursachen

habe. Die Bezirksleitung billigt die gegenwärtigen Tarifverträge nicht. Streiks, die ohne Aufforderung der Organisation ausbrechen, sind zu verwerfen. Aber für den Ausbruch der Tarifverträge sind Gründe bestimmend gewesen, für die die Organisation nicht verantwortlich gemacht werden kann. Die Eisenbahner sind erregt darüber, daß die Verhandlungen solange verschleppt wurden. Sie fordern in erster Linie Abbau der Lebensmittelpreise (schon gemacht! Red.) und für den Fall, daß das nicht möglich ist, eine Lohnzulage. Die geringe Kleinigkeit an Lohnhöhung hätte uns überzeugt, daß sich das Ministerium der öffentlichen Arbeiten auch die Fürsorge für die Arbeiter angelegen sein läßt. Die Bezirksleitung und andere Kollegen, zusammen 10 Personen, die sich zufällig in dem Bureau befanden, wurden verhaftet, angeblich weil sozialistische Flugblätter im Bureau sein sollten. Das ist aber nicht wahr. Es fanden sich nur 100 ugn der S. P. D. untergezeichnete Flugblätter über das Rästelstern. Auf meine Verwendung hat Noske die Haftentlassung von sechs Kollegen, für die ich mich verbürgen konnte, verfügt. Von uns wird verlangt, daß wir die Kollegen verurteilen, aber das ist nur möglich, wenn man uns von der anderen Seite entgegenkommt. Auch der von Noske verfügte Arbeitszwang kann nicht zur Verhängung beitragen. Wir können unter keinen Umständen auf unser so schwer erlängtes Streikrecht verzichten. (Lebhafte Zustimmung.) Man kann uns vielleicht in die Betriebe hineinzwängen, aber ob dadurch die Wirtschaftlichkeit der Arbeit gesteigert wird, das bezweifle ich. Der Redner berichtete über die Verhandlungen mit der Regierung und sagt, es sei am besten, wenn die Tarifverträge abgebrochen werden. (Lebhafte Widerspruch.) — Jaruf: „Drahtzieher.“ Der Redner verwahrt sich gegen diesen Ausdruck und sagt, die Tarifverträge seien nicht aufzuheben, die Kollegen hätten warten sollen. Bis die Karre mit einem Schloß stillstehen kann, konnten die unbewussten Kollegen nicht warten, bis wir auf dem Plan erschienen? Zum Generalstreik kann ich nicht aufrufen. (Warum nicht?) Weil wir eine Zentralorganisation sind und diese keinen Streikbedeutung gehabt hat.

Kulis (Lohnkommission) teilte mit, daß die Verhandlungen mit der Regierung mittags unterbrochen seien, weil die Nachricht eingegangen war, daß das Zentralratsmitglied Höcher in Potsdam den Generalstreik erklärt habe. (Beifall.) Das Ministerium habe verlangt, die Gewerkschaften sollten betrauen, daß die Stre-

Unser neuer Roman

Georg Barbusse: „Erleuchtung“.

Zu einer Stimme Europas ist das dichterische Werk Henry Barbusse, unseres französischen Genossen, geworden. In Hunderttausenden von Händen las die Welt seinen großen Roman gegen die alle Barbareien der Weltgeschichte überholende Ausgeburt des kapitalistischen Machtwahnsinns, den Weltkrieg. Was unzählige einzelne dachten, fühlten, schrieben, wußt zu ungeheurer Brande zusammen in dem Buche „Das Feuer“. Nur vollendete Empörung des Geistes kann die Beherrschung der Dinge so klar schauen wie dieses Werk. Was aber wird dies Erleuchten fruchten? Die Revolution, die mit jedem Strich politische Systeme weglegte, war nur ein Anfang der Erneuerung. Das Raub in innerer Erschütterung unseres Lebens fordert mehr. Aus verrottetem Stillstand, erhabener Bewegung herausgerissen, laßt der Mensch nicht mehr zurückhinken in den stumpfen Tot, der ihm einst alltägliche Gewohnheit geworden war. Von dieser unabweisenden Wandlung handelt das neue Buch Barbusse, der Roman „Erleuchtung“ („Clarte“) ist der französische Titel, den wir jetzt unseren Lesern bieten werden.

Die Hauptgestalt dieses Romans ist doch ein Mensch, der im Alltag jahrelang hinlebt. Die Generationen vor ihm duldet Simon Paulin das ererbte Elend ohne Widerstand. Auch den Zwang des Kriegsdienstes nimmt er so auf sich, als seine Leiden, seine Roboter, Qualen, Zurückgefallen. Dampf ist sein Herz, kein sein Hirn. Aber eines Tages, als Verwundeter im Spital, erfährt er die Wehen eines neuen Daseins. Im schweren Ringen gebietet sein Inneres ein Europa. Der Dichter Jean Goll (derselbe, der das oben erwähnte Munitionsarbeiterinnen-Drama schrieb) sagt über dieses Genies Simon Paulins: „Sein Leben ist heiß, der Kampf für ihn vorüber — aber er hat angefangen zu denken und der geistig Genese demerkt die Qual und Lüge und Pein des Alltags, in der er sich bewegt, in der sich alle nach rings um ihn in der Kleinstadt und in ganz Frankreich bewegen. Nichts ist verändert: sein Tod hat sie verändert. Söhne, Brüder, Väter fehlen: die Mütter, Schwäger und Bräute leben weiter in der sinnlosen Strafenwüste ihrer Vergangenheit. Ein jähher, aber nunmehr Kampf beginnt im aufglimmenden Herzen Paulins sich abzuspielen und langsam, langsam löst er sich zur Wahrheit empor. Durch das ist seine Erkenntnis, daß auch das tiefste Erlebnis, der Rassenhass, nichts am Menschen geändert hat. Er wird zum Nachwandler seiner eigenen Seele, zum Einsiedler unter dem brausenden Rausen-gelatter, und quält sich, nicht zu einem neuen Gott, aber zum neuen, einfacher, weichen, aller Lügen ledigen Menschen empor.“

Barbusse hat seinen neuen Menschen aus dem alten geboren, und den aus verfallender Materie funkelnben Geist glühend zu kreieren, war sein schwerstes Experiment. Er hat es voll gelöst. Ein Bureauarbeitsmann, der sich zu solchen Gipfeln wachen Daseins aufschwingt, der alles von sich abstreift, wovon wir Europäer alle so

vollgeproppert sind. Tradition, Vaterlandsgedanke, Moralität — und was vielleicht jeder von uns abzutreiben haben wird. Er gelangt zur Weltanschauung einer um und veränderten Gesellschaft, in der es keine Kirche, keine Erbsätze, keine Wohlthatigkeit mehr wird geben können, geschweige denn Vernein, Könige und Krüge. Warum auf ihn das Wort: kommunistisch brauchen, das schon parteipolitischen Gesinnung hat — Barbusse, Vorbereiter der kommenden Freiheitsgeneration, ist es, ist aber noch mehr: ein Sucher aller Menschheitswahrheiten, ein Weltbildner.

Das Buch bringt den Beweis, daß nichts auf der Welt das menschliche Herz besiegt, und daß heutige Friedensverhandlungen, in denen Völker erstickt werden, und heutige Gerichtsverhandlungen, in denen Freiheitsverfänger wie Jaurès offiziell zum Tode verurteilt werden (indem sein Mord begünstigt und sein Rächer freigesprochen wird), keinen Bestand haben neben dem großen, einfachen, wahrheitschwangeren Wort eines denkenden, liebenden Menschen.

Wenn wir jetzt dies große neue Werk Barbusse den Spalten des „Vorwärts“ einverleiben, so soll das ein Dienst sein auf den neuen Bahnen, die mit schwersten Kämpfen beladen — das wissen wir — zu fruchtbar-fröhlicher Gemeinamkeit des Kulturgedankens und Kulturhandels der Völker hindrängen werden. Mit diesem Ziel im Herzen soll das Werk gelesen werden.

Vorschläge für die Reichsschulkonferenz.

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht hat zur Vorbereitung der Reichsschulkonferenz in seinem pädagogischen Ausschuss einige wichtige Fragen der Schularorganisation, insbesondere die der sogenannten Einheitschule erörtert. Die Verhandlungen fanden unter Zugabe von Vertretern der hauptsächlichsten Lehrerorganisationen und von Hochschullehrern statt. Von den allgemeinen Grundfragen, die hierbei aufgestellt wurden, heben wir hervor: „Das gesamte öffentliche Schulwesen soll auf einer gemeinsamen Grundschule aufgebaut und vom Geiste der Selbstverwaltung und Selbstregierung durchdrungen sein.“

Die neue Schulorganisation muß alle die mannigfachen Schularten, die sie den Vergabungen und Verufen gemäß einzurichten hat, in künftiger Abzweigung aufbauen, in ein einheitliches System mit unläßlich zahlreichen Übergangsmöglichkeiten bringen und unter einheitliche beherrschende Leitung stellen.“

Alle Schulgesetze dürfen nur Rahmengesetze sein, innerhalb deren die Freiheit der einzelnen Schulträger nicht beeinträchtigt werden darf.“

Von Einzelheiten der Neugestaltung, über die man sich mit großer Mehrheit verständigt, seien folgende erwähnt:

Die gemeinsame Grundschule muß mindestens vierjährig sein; es soll aber den Schulträgern gestattet sein, den gemeinsamen Unterricht bis zu sechs Jahren weiter auszubauen. Versuche mit der weiter ausgebauten Grundschule sind in möglichst weitem Umfang ohne Verzug zuzulassen.“

Als gradlinige Weiterführung der Volksschulen sollen Aufbau-schulen als neue Form der höheren Schulen eingerichtet werden.“

Die Aufbauschule ist vornehmlich als Sammelschule einzurichten zur Aufnahme der besonders beanlagten Schüler und Schülerinnen vom Lande und aus kleinen Städten.“

Der Kunstprofessorentitel.

Ein Professorentitel-Vorschlag will das Kultusministerium in der nächsten Tagung in der Preussischen Landesversammlung einbringen. Sie soll das Gebiet der schönen Künste betreffen. Der Widerstand der auf diesem Gebiet tätigen Künstler gegen die bald nach der Revolution ausgeübte Abschaffung der Titel ist demnach unbefriedigt groß gewesen. Diese Rannen Kammerer hat wie Kritikende an den Namen der Kunstminister, nur aber soll der Kultusminister ermächtigt werden, in Zukunft, wie eine Korrespondenz meldet, „für bedeutende Leistungen“ die Professur zu verliehen.

Bereit wird also nur der kleine Finger verlangt. Aber auch das bleibt behauertlich. Es wird ein Schrittmacher für Weiteres in dieser Richtung wirken. Titel sind und bleiben ein Anreiz, die Schwäche der Streber, die das alte System zielbewußt großspinnig zu nützen. Die Tatsache, daß der Minister, wie es heißt, „sich gewöhnen muß“, diese Vorlage einzubringen, waltet die Hoffnung aus, daß die Künstler, die „wirklich hervorragende Arbeiten“ schaffen, den Titel Mann für Mann als überflüssige Zugabe zurückerlangen werden.

Wenn die Landesversammlung das nötige zu dieser Sache sagt, sollte sie überdies die Gelegenheit wahrnehmen, einmal anzufassen, was etwa sonst an Reformen geplant oder geisthen ist, die das Gebiet der bildenden Künste (z. B. über Akademien) betreffen.

Notizen.

— Theater. Bedelinde „Arangisto“ soll als eine der ersten Aufführungen in der „Triebüne“ aufgeführt werden. Karlheinz Martin wird die Aufführung leiten.

— Vorträge. In der Treptow-Sternwarte spricht am 1. Juli, 7 Uhr, über „Die Sternbilder und praktische Anleitung zu ihrer Auffindung“ (mit Lichtbildern) Dr. Archenholz.

— Zur Kritik der freien Wirtschaft. Als eine neuestliche Begründung der Sozialisierung veröffentlicht unter diesem Titel der sozialdemokratische Berliner Stadtverordnete Alfred Siermer im Verlag der Buchhandlung Vorwärts eine Schrift, die in erweiterter Form die Vorträge wiedergibt, die er vor Arbeitern und Angehörigen technischer Berufe gehalten hat. Denn die Sozialisierung ist zum erheblichen Teil ein technisches Problem; ohne die Mitarbeit der Techniker wird es nicht gelöst werden können.“ Der Verfasser schlägt zum Schluß ein Sozialisierungsprogramm vor. Die lebhaft und gemeinverständlich redende Schrift kostet 1 M.

— Ein neuer deutscher Höhenrekord wurde von Oberleutnant Diemer mit einer neuen, kurz vor Abschluß des Wasserstandsbeschlusses konstruierten Maschine der Deutschen Flugzeug-Werke errufen. Diemer erreichte mit 9500 Meter dieselbe Höhe, die der jetzige Weltrekordhalter Casale gemeldet hat. Einige vorher unternommene Versuche hatten wegen Einfrieren des Kühlers in 9200 Meter Höhe abgebrochen werden müssen.

landen die Arbeit wieder aufnehmen. (Große Unruhe.) Die Versammlung sollte jetzt beschließen, ob sie mit einer dahingehenden Erklärung einverstanden ist. (Rufe: Niemals!)

Nachdem zwei Diskussionsredner gesprochen hatten, ging ein Antrag auf sofortige

Abstimmung über den Generalkrieg

ein. Nach einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte, in der Schulz erklärte, hier könne nicht über den Generalkrieg, sondern nur über die Frage abgeklärt werden, ob der gegenwärtige Krieg fortgesetzt werden solle, wurde der Antrag abgelehnt. Die Diskussion ging weiter.

Ein Redner aus Tiffit erklärte, seine Kollegen seien zum Kampf gerüstet und warten auf die Stunde, wo sie in den Kampf einzutreten können. Er nicht die Diktatur des Proletariats erwünscht sei, werde keine Ruhe eintrieten. (Beifall.)

Ein Redner aus Niterburg befürwortete eine Bewegung über ganz Deutschland und bezeichnete die Nachrichten über die Polengefahr als Lügen.

Nach Schluß der Diskussion ging die mit lebhaftem Beifall angenommene Nachricht ein, daß die Bezirksverwaltungsmitglieder Dietrich, Paulig, Ullrich, Schmelz und Steinberg aus der Haft entlassen sind, daß sich Knebe sowie die übrigen Verhafteten aber noch in Haft befinden.

Einmütig und unter stürmischem Beifall wurde beschlossen, weiter zu streiken.

Dann wurden noch zwei Resolutionen angenommen, die gegen den Streikerlaß Kossel und gegen den Lebensmittelwucher protestieren.

Der Versammlung war die Freidherabsetzung der Auslandslebensmittel noch nicht bekannt.

An Haft sind noch ein Angestellter und drei Mitglieder, die zufällig im Bureau waren. Die Entlassung wäre vormittag schon vor sich gegangen, aber es kam dann Gegenorder. Von wem, ist nicht bekannt.

Eisenbahnergewerkschaft gegen Eisenbahnminister.

Zu den Ausführungen des Ministers Defer im Haushaltsausschuß der preussischen Landesversammlung über die Erfurter Vorgänge wird von der Gewerkschaft der Eisenbahnbeamten mitgeteilt, daß die Schuld an der Nichtinnehaltung der Berliner Beschlüsse nicht der Erfurter Beamtenschaft zur Last zu legen ist, sondern das weitere Umsichgreifen der Bewegung lediglich darauf zurückzuführen ist, daß die Regierung ihrem Versprechen, das Militär zurückzuziehen, nicht nachkam. Der Minister wurde von der Versammlung der Lüge noch in der Nacht vom 19. zum 20. telegraphisch benachrichtigt. Minister Defer hat sodann mitgeteilt, daß sich im Erfurter Bezirk eine Gegenbewegung unter der Beamtenschaft bemerkbar macht, die immer weitere Kreise ergreift. Diese Versammlung soll nur von etwa zwanzig Beamten besucht gewesen sein und die protestierende Entschliebung mit nur knapper Mehrheit angenommen haben. Wenige Tage darauf fand die Eisenbahnervertreterversammlung des Erfurter Bezirks statt, wobei der Bezirksleitung der Gewerkschaft der Eisenbahnbeamten einstimmig volles Vertrauen ausgesprochen wurde.

Die Vorgänge in Hamburg.

Letzter Vorbehalt vor Hamburg.

Hamburg, 27. Juni. General von Lettow-Vorbeck, der oberste Führer der Reichsregulierung gegen Hamburg, ist heute um 12 Uhr in Friedrichstrah eingetroffen. Das Hauptquartier bleibt vorläufig dort.

Entwaffnung von Reichswehrtruppen.

Am Hotel Schadowhof, in der Nähe des Hauptbahnhofes, sind 10 bis 12 Wagen mit Infanterie und Artillerie der Reichswehr von einer großen Volksmenge entwaffnet worden. Gewehre und Munition sowie ihre Stahlhelme wurden auf einen großen Haufen gegenüber dem Gewerkschaftshause getragen. Eine Reihe von Maschinengewehren wurde in die Stadt gefahren. Dann wurden die Mannschaften mit Hof und Wagen zurückgeschickt. Schließlich hat die Volksmenge die Waffen an sich genommen und in den Nordkanal geworfen.

Hamburg, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Regierungstruppen, die teilweise schon bis zum Hauptbahnhof vorgedrungen waren, erhielten gegen 2 Uhr den Befehl, nach Wandsbek zurückzugehen. Die Zwölfer-Kommission hatte diese Maßnahme empfohlen mit dem Hinweis darauf, daß die Volkswache und die Arbeiterbewegung genügende Sicherheit für die Ruhe in der Stadt bieten. Der Abzug der Regierungstruppen, von denen keine Truppe in einer Gesamtsärke von etwa 300 Mann sich hatten entwaffnen lassen, erfolgte kurz nach 2 Uhr in voller Ordnung.

Hamburg, 27. Juni. Bis zum Nachmittag sind allein in den Bezirken St. Pauli und Neustadt von der Volkswache 900 Gewehre, 22 Maschinengewehre, sowie große Mengen Munition und Handgranaten gefunden und abgenommen worden.

Die Opfer in Hamburg.

Hamburg, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nach den bisherigen Meldungen der hiesigen Krankenhäuser liegen in den Reichenhallen des Hafentrankenhauses und des Lohmühlenkrankenhauses 42 Tote, von diesen sind einige noch nicht erkannt. Unter den Gefallenen ist die Zahl der Opfer beiderseits, Angreifer wie Verteidiger, ziemlich gleich. Auch Mitglieder der Volkswache sind den Unruhen zum Opfer gefallen. 116 Verwundete allein liegen in den verschiedenen Krankenhäusern, einige dieser Opfer haben so schwere Verwundungen erlitten, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen werden. Hoffentlich gelingt es, die Entwaffnung der zu Unrecht Bewaffneten durchzuführen.

Rolle gegen Wucherer und Lebensmittelhändler.

Bei der Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände in Hamburg ist nach dem ergänzenden Befehl des Reichswehrministers Kossel ebenso wie gegen die Unruhestifter und Blünderer mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auch gegen die Wucherer und Lebensmittelhändler einzuschreiten.

Die am Freitag in Hamburg eingerückten, dem 9. Korps angehörenden Truppen wurden auf Befehl wieder zurückgezogen.

Ein Bild von der Hamburger Volkswache.

Bäcker als Gärtnere.

Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Das Zwölfmännerkollegium, das in Hamburg glaubte, die Regierungsgewalt übernehmen zu können, hat versichert, es würde ohne die Regierungstruppen die erforderliche Ordnung und Sicherheit in der Stadt aufrecht erhalten. Das sollte mit Hilfe der bisherigen Volkswache, die noch in einer Stärke von 10 000 Mann vorhanden ist, und mit Hilfe weiterer zu bewaffnender Arbeiter ermöglicht werden. Doch seitdem sind die Hamburger Volkswache — denn sie wird jetzt von der Bildfläche verschwinden — geht aus einem Kommandanturbefehl vom 8. Juli hervor, der nicht nur vom Kommandanten unterzeichnet war, sondern auch von dem Kom-

mandanturkollegenrat, der in seiner Mehrheit aus Mitgliedern der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei besteht. In diesem Kommandanturbefehl wird darauf hingewiesen, daß am 6. Juni, als es in Hamburg zu Ausschreitungen kam, es geraume Zeit hindurch unmöglich war, Verstärkungen für das Rathaus zu erlangen, die die Führer der Volkswache im Rathaus dringend und wiederholt erbeten hatten. Die einzelnen Vereinskassen befanden sich in Zustände totaler Verlotterung. In dem Kommandanturbefehl heißt es:

„Bei der Volkswacheabteilung St. Georg waren weder die Abteilungsleiter noch der Adjutant zu erreichen. Eine Bereitschaft war nicht vorhanden. Bei der Volkswacheabteilung Altona meldete sich niemand am Fernsprecher. Die Abteilung Neustadt erklärte, seine Verstärkung vorfügbar zu haben. Die Abteilung St. Pauli weigerte sich, auf Anforderung der Polizei Patrouillen gehen zu lassen. Von der Hafensicherheitskommission entfaltete Verstärkungen trafen unbewaffnet vor dem Rathaus ein.“

Das war der Sicherheitszustand, in dem Hamburg sich bisher befand. Diese „revolutionäre“ Garde hat zum Teil auch in den letzten Tagen sich feige benommen, sich Waffen wognehmen lassen oder auch von den Waffen nicht Gebrauch gemacht. Das Weiterbestehen einer solchen Truppe bedeutet nicht eine Sicherung für die Stadt, sondern eine dauernde Gefahr.

Eine der Hauptaufgaben dieser Volkswache bestand darin, die Lebensmittellager und die Lebensmittelverteilung von Hamburg zu sichern. Wie es damit bestellt war, erfahren wir ebenfalls aus dem Kommandanturbefehl vom 8. Juni. Es heißt darin:

„Die Diebstähle in den von der Volkswache bewachten Lagern, insbesondere im Freihafen, nehmen einen geradezu erschreckenden Umfang an. Diese Zunahme ist nur dadurch zu erklären, daß die Wachmannschaften an vielen Stellen ihre Pflicht nicht tun.“

Tatsächlich steht fest, daß mit pflichtvergessenen Arbeitern, die Lebensmittel stehlen, die für die darbenende Bevölkerung im Inland bestimmt waren, Angehörige der Volkswache nicht selten gemeinsame Sache gemacht haben. Lebensmittel im Werte von Millionen sind gestohlen worden, und zwar nicht nur, um den eigenen Hunger zu stillen, sondern es ist damit ein schwunghafter Handel zu Wucherpreisen getrieben worden.

Dieser schändlichen Wirtschast in Hamburg wird nun radikal ein Ende gemacht werden.

Haussuchung beim Vollzugerat.

Freitag nachmittag erschienen drei Kriminalbeamte und 25 Mannschaften des G.-S.-Korps, um noch einmal Haussuchung beim Vollzugerat vorzunehmen. Das Gebäude blieb drei Stunden besetzt und wurde dann auf Einspruch beim Reichswehrminister wieder freigegeben. Die Entlassung der unabhängigen Mitglieder des Vollzugerates Wegmann, Reumann, Walzahn, Reuendorf und Sommerfeld erfolgte abends, da der Entlassungsbefehl des Reichswehrministers an eine falsche Dienststelle gegangen war.

Eine Verordnung zum Schutze der Einwohnerwehren.

Der Reichswehrminister Kossel hat eine Verordnung zum Schutze der Einwohnerwehren erlassen, in der es u. a. heißt:

In verschiedenen Fällen ist von parteilicher Seite der Versuch gemacht worden, Mitglieder der Einwohnerwehren durch Drohungen zum Austritt aus der Wehr zu veranlassen. Diese Drohungen haben sich nicht nur auf Vorklärerleistungen gegenüber Boden- und Geschäftsinhabern beschränkt, sondern auch Arbeiter und Angestellte sind von Mitangehörigen mit Gefahr für Leib und Leben für den Fall weiteren Verbleibens in der Einwohnerwehr bedroht worden. In den letzten Tagen ist von Drohungen zur Tat übergegangen, aus mehreren Stadtteilen sind mit Angriffen auf Mitglieder von Einwohnerwehren gemeldet worden.

Auf Grund des § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand verbiete ich daher für das unter Belagerungszustand stehende Gebiet (Landespolizeibezirk Berlin, Stadtkreis Spandau, Landkreise Lettow und Niederbarnim) jede wirtschaftliche Bedrohung und Schädigung (Konkurrenz) der Angehörigen der Einwohnerwehren und ihrer Familienmitglieder, sowie die Auf- forderung und Anreizung zum Bankrott. Ferner verbiete ich die öffentliche schriftliche Beschimpfung oder Bedrohung der Einwohnerwehren in der Presse, in Flugblättern und Proschüren.

Eichhorns Freigeleitbrief.

Bei dem Untersuchungsausschuß der Preussischen Landesversammlung ist der Freigeleitbrief des Reichswehrministers für den früheren Polizeipräsidenten Eichhorn in der vom Abg. Dr. Rosenfeld gewünschten Form eingegangen. Es soll verhandelt werden, mit Hilfe des Abg. Dr. Rosenfeld Eichhorn zu seiner Vernehmung für die nächste Sitzung zu laden, die voraussichtlich am 7. Juli stattfinden wird.

Der Ausschuß hörte gestern den Hauptmann von Dypen über die Gefangennahme des Parlamentärs aus der „Vorwärtsbesetzung“, den Metallarbeiter Witolla über die Handgranatenangriffe der Sozialisten und Unabhängigen auf den unbewaffneten Demonstrationszug der Reichswehrsozialisten am 5. Januar und den Assessor Dr. Saalfeld über die Ausschreitungen beim Regiment Neustadt.

Abg. Dr. Rosenfeld kündigte größere umfangreiche Geweideanträge an, die mit den Prozessen wegen Ermordung Liebknecht und Rosa Luxemburgs und gegen Ledebour zusammenhängen.

Zur Besetzung Oberschlesiens.

Berlin, 27. Juni. (Amilich.) Die Behauptung, daß die Reichsregierung erklärt habe, sie würde sich einer etwaigen Kriegserklärung an die Polen durch die Reichskommissare Göring und Winnig zwar offiziell widersetzen, inoffiziell sie dagegen fördern, ist bereits gestern aufs irrtümliche als Erfindung gekennzeichnet worden. Kuntze erklärt auch der Reichskommissar Göring, daß die Angelegenheit ihm völlig unbekannt sei. Er habe weder aus Berlin Hilfe erbeten, noch sei ihm solche angeboten worden. Er werde selbstverständlich nur den Anweisungen der Reichsregierung Folge leisten und nach erfolgter Ratifizierung des Friedensvertrages zu dem von der Regierung bestimmten Zeitpunkt die Zurückziehung der Truppen aus dem abzutretenden Gebiete veranlassen. Bis dahin allerdings werde er die jetzige Grenze des Deutschen Reiches gegen willkürliche Einfälle der Polen verteidigen. Der Reichskommissar betont ferner, daß er den bekannten Äußerungen des Generals Hoffmann, Wiberstand auch gegen den Willen der Regierung zu leisten, völlig ferngehe.

Der preussische Minister des Innern hat das sozialdemokratische Mitglied der Landesversammlung, den Arbeiterführer Brandenburg-Brandel, als seinen Sekretär ins Ministerium des Innern berufen.

Pogromvorbereitung in Posen.

Kommt es wie in Wilna?

Von zuverlässiger Seite wird uns mitgeteilt: In der Provinz Posen haben die polnischen Behörden sämtliche jüdischen Rechtsanwälte als Geiseln verhaftet, in der Stadt Posen selbst auch noch andere angelegene Juden. Man fürchtet, daß dies nur der Anfang einer allgemeinen Judenbege ist, wie sie in ehemals russisch-Polen, namentlich in Wilna, geraut hat.

Heute Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Mißtrauen in Paris.

Versailles, 27. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Die Pariser Presse beschäftigt sich mit der auf Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, festgesetzten Zeremonie der Friedensunterzeichnung. Die deutsche Delegation wird vormittags schon zur Stelle sein. Die Präzision ihrer Vollmachten hofft man in ganz kurzer Zeit beendet zu haben. Die Blätter vermögen ihr Erstaunen und ihre Enttäuschung darüber, daß nur zwei deutsche Delegierte erschienen sind zu verbergen. Man sieht darin ein Zeichen deutscher Hinterlist und den Ausdruck der Absicht Deutschlands, sich so rasch wie möglich dem Vertrage zu entziehen.

„Matin“ schreibt: Keiner der einflussreichen Männer Deutschlands wollte nach Versailles kommen, um durch seine Anwesenheit das Eingeständnis vergangener Fehler zu bekräftigen. Kann man glauben, daß dieses Deutschland durch den Vertrag, welchen zwei Komparsen Müller und Bell unterzeichnen, fündig gebunden ist?

Der französische Friedensauschuß.

Kampf um Longuet und Mayeras.

Versailles, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die französische Kammer wird in den nächsten Tagen einen Friedensauschuß wählen, der den Friedensvertrag nachprüfen soll. Die sozialistische Fraktion hat hierzu Longuet und Mayeras bestimmt. Longuet ist der belagerte Mann in Frankreich, der unermüdet seinen Kampf gegen die Friedensbedingungen fortsetzt. Bedingungen, die in Frankreich niemanden befriedigen.

Gegen die Wahl der beiden Sozialisten haben etwa 50 Abgeordnete Protest eingelegt. Daraufhin hat die sozialistische Fraktion erklärt, daß sie keinen Abgeordneten in diesen Auschuß entsenden werde, wenn diese beiden, Longuet und Mayeras, nicht aufgenommen werden. Dieser Zwischenfall zeigt erneut die außerordentliche Uneinigkeit zwischen Bürgertum und Arbeiterchaft.

Die englische Arbeiterkonferenz und der Frieden.

Amsterdam, 27. Juni. Die der „Telegraf“ aus London meldet, erklärte Ramsay MacDonald auf der Arbeiterkonferenz, Deutschland müsse die Verantwortung für seine Taten tragen, aber die Strafe dürfe keine Rache sein. Schieds über die Schuld für den unbefriedigenden Frieden darauf, daß die Arbeiterpartei sich aus der Regierung zurückgezogen habe. Deutschland sei zwar verpflichtet, Schadenersatzungen zu zahlen, aber die Annexion von Gebieten würde ein Gefühl des Unrechts erzeugen. Es wurde eine Entschliebung angenommen, in der gegen die Fortsetzung der Blockade protestiert und bedauert wird, daß der Friedensvertrag nicht für die Wiederherstellung des industriellen Lebens in Europa und für ausreichende internationale Kontrolle über die Rohstoffe sorgt. Für die Verteilung dieser Rohstoffe wurde ein oberer Wirtschaftsrat verlangt, in den auch Vertreter der Arbeiter aufgenommen werden sollten.

Amsterdam, 27. Juni. Nach einer Reutersmeldung wird in der Entschliebung der Arbeiterkonferenz, in der die falsche Aufassung Deutschlands in den Vorkriegs- und die sofortige Revision der Bestimmungen des Friedensvertrages verlangt wird, die Arbeiterbewegung aufgefordert, im Einvernehmen mit der Internationale eine energische Aktion zu beginnen, um die Unterzeichnung der Völker für diesen Zweck zu gewinnen.

Der Sekretär des französischen Allgemeinen Arbeiterverbandes Jouhaux sagte, der Friedensvertrag sei das Gegenstück von dem, worauf die Völker gehofft und was die Regierungen versprochen hätten. Er könne leicht zu einem neuen Kriege führen.

Haag, 27. Juni. (H.N.) Aus London wird gemeldet: Von den ausländischen Delegierten der Arbeiterkonferenz sprach Camille Huysmans. Er erklärte, daß die internationalisierte Konferenz im Jahre 1917 als wichtigster Punkt die Bestimmung der Grundlagen für einen Frieden auf der Tagesordnung hatte, daß aber diese Politik durch die deutschen Reichswehrsozialisten durchkreuzt wurde, die den Charakter gewisser territorialer Probleme nicht begriffen. Zwei Monate später waren sie gezwungen, von Wilson anzunehmen, was für von der internationalisierten Konferenz abgelehnt hatten, und derselbe Punkt, der jenes ablehnende Schreiben unterzeichnete, geht jetzt im Namen der deutschen Regierung nach Versailles, um den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Der Kronprinz noch auf Vieringen.

Haag, 27. Juni. (H.N.) Die holländische Regierung teilt mit, daß der Kronprinz sich noch immer auf Vieringen befindet und die Insel niemals verlassen hat. Dadurch werden die in Paris aufgelauchten Gerüchte gegenstandslos.

Amerikanische Bewegung zur Wiederaufnahme der Beziehungen mit Deutschland.

Haag, 27. Juni. (H.N.) Holländisch Newyorker meldet aus Newyork: Der amerikanische Senat trachtet seine Compagne gegen den Völkertum und den Friedensvertrag zu ändern, da eine Opposition, welche allzusehr auf Parteinteressen beruht, mißglücken müßte. Der Senator Hall hat eine Resolution eingebracht, worin erklärt wird, daß der Kriegszustand jetzt beendet ist und daß, wenn der Kongreß die ausschließliche Macht hat, den Krieg zu erklären, er ihn auch beendigen können muß. Die Annahme dieser Resolution würde eine Reihe von Gesetzen, die für die Dauer des Krieges geschaffen wurden, überflüssig machen. Gleichzeitig würden die Handels- und Schiffsverträge wieder in Kraft treten und jeder amerikanische Bürger würde das Recht haben, die Handelsbeziehungen mit den feindlichen Ländern wieder aufzunehmen. In der gestrigen Sitzung der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten wurde beschlossen, die Verhandlung der Resolution hinauszuschieben, trotzdem nach der „Newyork Times“ die Majorität der Mitglieder für sofortige Behandlung war.

Gewerkschaftsbewegung

Deutscher Architektentag.

Zahlreiche Architekten und Baukünstler aus allen Teilen des Reiches hatten sich am gestrigen Freitag im Künstlerhaus in der Bellecourstraße zum ersten deutschen Architektentag zusammengefunden. Namens des vorbereitenden Ausschusses eröffnete Professor Vodo Ebbard die Tagung mit einer Ansprache, in der er nach einem Hinweis auf die schwierige innere und äußere Lage Deutschlands die Notwendigkeit darlegte, die deutschen Architekten zusammenzuschließen, um so die wirtschaftliche Erziehung des Standes abzuwehren, und den Architekten in der Öffentlichkeit und bei den Behörden den gebührenden Einfluß zu erlangen. — Im Auftrag des Architektentages Berlin ließ Geheimrat Stuebben die Erklärungen willkommen und gab namens seiner Organisation die Zustimmung zu den Bestrebungen des Architektentages Ausdruck. Eine gleiche Zustimmungserklärung ließ der Bund Technischer Berufsstände abgeben. Dann sprach Dr. Ing. Albert Hofmann, der in längerer Ausführungen die Stellung der Architekten im Altertum, Mittelalter und der Neuzeit darlegte. Die Frage, ob der Künstler sich auch jetzt noch seines Namens freuen dürfe, bejahte er. Wägen die Folgen des Krieges sein wie sie wollen, das wahre Leben der Nation kann nur für kurze Dauer unterdrückt werden, denn die geistigen Kräfte einer Nation führen ein unsterbliches Leben. Und auch dem deutschen Architekten ließe das große Ziel vor Augen, in der Aufwärtsbewegung der Menschheit das zu erreichen, was der Staat an physischer Kraft verloren hat. Auch der deutsche Architekt werde berufen sein, an der Wiederaufrichtung des deutschen Volkes mitzuarbeiten. Dann hielt Prof. Peter Behrens einen Vortrag über „Die Wiederherbedung der Baukunst zur befruchtenden Gemeinschaft der Künstler.“

Nach weiteren Vorträgen des Geheimen Regierungsrates Professor Dr. Verplanck über die Erziehung der Architekten, des Architekten Paulsen über die Stellung der Architekten zu der neuen Gesellschaft, und des Architekten Loh über die Stellung und Aufgaben der freien Architekten als Bauverwaltung beauftragt die Versammlung die Konstituierung des Deutschen Architektentages als Vertretung der gesamten Architektenschaft. Mit der Geschäftsführung wurde der vorläufige Arbeitsausschuß beauftragt, der durch Zuzug von Vertretern der einzelnen Städte und der in Betracht kommenden Berufsvereine und Verbände ergänzt werden soll.

Der Deutsche Architektentag erstrebt die Sicherung des Architektenstandes im Staatsleben, die Sicherung der Stellung des einzelnen Architekten im Berufsleben und die künstlerische und wirtschaftliche Hebung des Standes. Ueber die einzelnen Programmpunkte, über die Mittel und Wege zur Verwirklichung der gestellten Ziele und über Organisationsfragen entspann sich eine sehr angeregte Erörterung, die die ganze Nachmittagsstunde ausfüllte.

Für Streikpostenfreiheit.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung hat am 27. d. die Beschwerde des Handlungsgehilfenverbandes zur Kenntnis genommen, wonach Angehörige der Reichswehr und Reichswehrverbände bei dem Streik der Postunterbeamtenausbesserer dazu benutzt werden, Streikposten in ihrer Tätigkeit zu hindern und sie zu verhaften. Dieses Vorgehen, wovon der Reichswehrminister unterrichtet ist, bedeutet ein ungelegliches Eingreifen in das Koalitionsrecht der Streikenden. Das muß provozierend auf die Arbeiterschaft wirken und trägt dazu bei, die wirtschaftlichen Kämpfe zu verschärfen. Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission legt nicht nur Verwahrung dagegen ein, sondern muß die Verantwortung und der daraus entstehenden Folgen dem Reichsminister als der verantwortlichen Behörde auferlegen.

Postgebühren und Einkommen der Aushilfskräfte.

Als Anlaß des Streiks der Postaushilfskräfte beim Postfachamt betonte ein bürgerliches Blatt: „Ohne Erhöhung der Postgebühren würde eine Gehaltsaufbesserung nicht möglich sein.“ In dieser Beziehung sendet uns ein Leser des „Vorwärts“ folgende Zuschrift: Eine Erhöhung der Postgebühren hat ja bisher nur in ganz geringem Maße stattgefunden, legt doch z. B. die Postverwaltung heute noch für Stundenlohn eines Telegraphenarbeiters oder Leitungsaufsehers 1 M. in Rechnung. Ferner beträgt die Vorgesetztergebühr für sofortige Herstellung eines Telefonanschlusses nach wie vor 15 M. Warum kann derjenige, der seinen Anschluß sofort haben will, nicht bedeutend mehr zahlen? Die Kosten für einen besonderen Weder betragen heute noch das ganze Jahr lumpsum 3 M.; dafür werden sogar die Störungen an Wedern unentgeltlich beseitigt. In Friedenszeiten kostete ein Automatengespräch nach den Vororten 20 Pf. Heute, nachdem sich alles um das 4-5fache erhöht hat, nimmt die Postverwaltung nur 10 Pf. Bei einer etwaigen Statistik der Telefongespräche würden nach meiner Uebersetzung für größere Betriebe die Jahreskosten für eine Amtsleitung, wenn pro Gespräch ein 5 Pf. Satz zugrunde gelegt würde, mindestens 1000 bis 1100 M. betragen, die jegliche Anschlagsgebühren makt aber nur 218 bis 240 M. aus. Für Grundgebührenanschlüsse werden noch immer 90 bis 120 M. pro Jahr erhoben, welches kein Versteißer zu den

heutigen Verhältnissen darstellt. Sie ganz bedeutende Rolle spielen die Verlegungskosten, mit denen die jetzt so bekannnten Schiebungen im Fernsprecherbetrieb verbunden sind. Für Verlegungen von Hauptanschlüssen nach anderen Wohnungen oder Geschäftslökalen, wenn nicht gleich das betreffende Geschäft von dem neuen Inhaber mit übernommen wird, könnte doch eine höhere Verlegungsgebühr erhoben werden, da diejenigen, welche unbedingt den in Frage kommenden Anschluß haben wollen, dem alten Inhaber des Anschlusses schon mehr an Ersatzleistung als die oben erwähnten Verlegungskosten gezahlt haben. In der Regel kommen für den Ankauf der Hauptanschlüsse entweder große Fabriken, Kriegsgewinnler oder Lebensmittelhändler in Frage, denen durch die außerordentliche Willigkeit der Postbehörde nur Vorlauf zu ihrem eintenden, ruhlosen Gewerbe geleistet wird. Im eigentlichen Postdienst selbst sind Gebühren wie Filiallohn, dringende Pakete, Einschreibgebühr für Briefe und Pakete, Zahlkarten und anderes mehr alles dieselben geblieben. Glückwunschtelegramme, welche früher nur selten bis 10 Wörter lang waren, sind heute unter 30-40 Wörtern nicht mehr aufzufinden. Ich frage mich, wo sind alle die Herren oberen Postbeamten geblieben, welche in Friedenszeiten den Dienstplan der unteren und mittleren Beamten aus dem 11 studierten und dann sagten, da sind noch 5 Minuten freie Zeit, bei Ihnen noch 10 Minuten, was machen Sie in der Zeit? Es bietet sich hier für diese Herren Gelegenheit, der Postverwaltung neue Einnahmequellen zu erschaffen. Daß heute ein Postkassierer oder dergl., der fest angestellt ist und 13-14 Dienstjahre hinter sich hat, mit einem Monatsgehalt von 350-380 M. auskommen kann, wird niemand annehmen wollen. Will also die Postbehörde die Not der Angestellten mildern, so muß sie natürlich sich auch die hierfür erforderlichen Mittel zu beschaffen wissen; diese Andeutungen sollten ein Fingerzeig hierfür sein.

Eine Funktionäerversammlung des Siemenskonzerns, an der circa 500 Vertrauensleute aller drei sozialistischen Parteien teilnahmen, wendete sich in einer einstimmig angenommenen Entschließung gegen den im „Vorwärts“ am 12. Juni von einem Arbeiterratmitglied des Verwaltungsgebäudes erhobenen Vorwurf, daß im Betriebe Terrorismus geübt worden und dadurch wieder die gelbe Scheue geschürt werde. Sie weisen den Vorwurf als unwarhaft entschieden zurück. Die Funktionäre betrachteten es im Gegenteil für ihre vornehmlichste Pflicht, den Kampf gegen die Gelben unter Vermeidung jeder Parteipolitik endgültig zu befechtigen.

Die erblichen in der gegenseitigen gebührenden Bekämpfung der Arbeiter in den Betrieben, deren Ursache lediglich in politischen Meinungsverschiedenheiten zu suchen sind, eines der traurigsten Kapitel unserer Zeit. An ihnen kann lediglich das Unternehmertum seine Freude haben.

Soziales.

Verlängerung der Schutzfrist vor Zwangsvollstreckungen gegen ehemalige Kriegsteilnehmer.

Die Reichsregierung hat unter dem 14. Dezember v. J. eine Verordnung erlassen, wonach bis zum 1. Juli 1919 Zwangsvollstreckung gegen einen Schuldner, der Kriegsteilnehmer ist oder war, nur mit Bewilligung des Vollstreckungsgerichts zulässig sein durfte. Die Bewilligung seitens des Vollstreckungsgerichts durfte nur erteilt werden, wenn die Verfolgung nach den Umständen des Falles offenbar unbillig war. Vor der Bewilligung mußte der Schuldner vom Vollstreckungsgericht gehört werden. Gegen die Entscheidung wurde die sofortige Beschwerde für zulässig erklärt.

Wir betonen feinerzeit bei der Veröffentlichung der Verordnung, daß sie einem Herbst der Zwangsvollstreckung gegen unbenutzte oder minderbemittelte Kriegsteilnehmer gleich käme. — Die Reichsregierung hat nun durch Verordnung vom 17. Juni d. J. die Frist in der obengenannten Verordnung bis zum 1. Januar 1920 verlängert, jedoch mit der Ausnahme, daß für den Fall, daß die Bewilligung der Zwangsvollstreckung nach Ablauf von sechs Monaten seit Beendigung der Kriegsteilnehmerleistung des Schuldners oder für eine Forderung, die nach Beendigung der Kriegsteilnehmerleistung entstanden ist, nachgeprüft wird, die von der Vollstreckungsbehörde nur dann zu unterliegen ist, wenn die Entscheidung der Genehmigungsbehörde nach den Umständen des Falles offenbar unbillig wäre. Das gleiche gilt, wenn die Bewilligung für Unterhaltsbeiträge nachgeprüft wird, soweit die Beiträge für den zur Zeit des Gefechts laufenden Zeitabschnitt geschuldet werden.

Die Vollziehung von Arresten und einseitigen Verfügungen kann vom Vollstreckungsgericht auch ohne Anhörung des Schuldners bewilligt werden.

Dennoch bleibt die frühere Verordnung in vollem Umfange aufrecht erhalten für alle diejenigen, die noch nicht sechs Monate entlassen sind, sofern es sich nicht um eine Schuld handelt, die nach der Entlassung entstanden ist. Ist der Schuldner schon länger als sechs Monate entlassen, so wird die Zwangsvollstreckung auch gegen minderbemittelte häufig erteilt werden können, da auch in solchen Fällen nicht immer von einer „Unbilligkeit“ zu reden sein wird.

Als unbillig wird aber regelmäßig die Zwangsvollstreckung gegen ehemalige Kriegsteilnehmer dann gelten müssen, wenn es sich z. B. um Schulden handelt, die deswegen entstanden sind, weil der Kriegsteilnehmer durch die Einberufung dem Erwerbe entzogen worden ist.

Wohnungsfürsorge für Kriegsbeschädigte.

Von Vertretern der Kriegsbeschädigtenorganisationen ist wiederholt der Bund ausgesprochen worden, daß Kriegsteilnehmer, besonders aber Kriegsbeschädigte sowie Kriegserwitwen bei Neuvermietungen von Wohnungen durch Vangensoffizialen und Gemeinden, die Baukostenzuschüsse erhalten, bevorzugt werden möchten. Diese Kreise dürfen mit Recht erwarten, daß ihnen die Beschaffung einer Wohnung oder die Erwerbung eines Eigenheims auf jede Weise und von allen Seiten nach Möglichkeit erleichtert wird. Der Staatskommissar für das Wohnungswesen, Scheidt, hat daher die Wohnungsbeamten darauf hingewiesen, in diesem Sinne bei jeder Gelegenheit anregend zu wirken, namentlich die gemeinnützigen Bauvereinigungen, Stiftungen und Gemeinden entsprechend zu beeinflussen. Es wird erwartet, daß vor allem die Gemeinden den Kriegsbeschädigten und Kriegserwitwen beim Erwerb von Heimlichkeiten entgegenkommen und ihnen Erleichterungen gewähren. Fördernd kann in diesem Sinne auch dadurch gewirkt werden, daß bei Bewährung von Baukostenzuschüssen zur Errichtung von Heimstätten seitens der Gemeinden die vorzugsweise Berücksichtigung von Kriegsteilnehmern und Kriegsbeschädigten sowie von Familien der im Kriege Gefallenen tatkräftig gefördert wird.

Gerichtszeitung.

Pländerer vorm Schwurgericht.

Angelagt waren der 17jährige Arbeitsburche Erich H. der Außer Otto R., der Schneider Moritz R. und die Brüder Erhard und Franz G. Der Juwelier E.H. Rosenhaller Straße 40, hatte am 3. März gegen 8 Uhr abends sein Geschäft, in dem sich für etwa 200 000 M. Waren befanden, verlassen, nachdem die alltäglich vorgenommenen Sicherheitsmaßnahmen gegen Diebe getroffen waren und auch der Nachwächter seinen Dienst angetreten hatte. Dieser hörte gegen Mitternacht ein helles Schloßgeräusch gegen das Eisenblech vor dem Schaufenster, dann ein Klirren der Schaufensterscheiben. Vor dem Laden tummelten sich 30 bis 40 Personen, bewaffnete Soldaten, Zivilpersonen und Frauen, die zum Teil in einem Kraftwagen vorgefahren waren und sich an der Plünderung des Schaufensters beteiligten. Auf den telephonischen Alarm des Wächters kam die republikanische Soldatenwehr herbeigezogen, bei deren Herannahen die ganze Bande auseinanderlief, in erster Reihe der Anführer, ein Patrole mit großem Säugmannsfabel. Herr H. berechnet seinen Schaden auf etwa 100 000 M. Die Angeklagten H. und R. konnten noch an Ort und Stelle verhaftet werden, die Festnahme der anderen drei wurde bald darauf ermöglicht. In ihrem Besitz fand man eine ganze Anzahl von goldenen Uhren, Armreifen, Ringen, Zigarettentütchen und dergleichen, die aus dem Schaufenster herabgefallen waren. Es in solchen Fällen immer geschieht, behaupteten auch sie, daß sie in der Nacht des 3. März ganz zufällig in die Rosenhaller Straße gekommen, dort in den Mensurkäufler hineingeraten seien und gesehen hätten, wie zwei im Schaufenster stehende Männer die Goldsachen zur Straße hinausgeworfen hätten. Von diesen Schätzen hätten sie sich dann soviel als ihnen möglich gemeldet, angekauft, H. billigte die Geschworenen mangelnde Einsicht zu, er kam frei; R. erhielt 6 Monate, die übrigen je ein Jahr sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung eines Teils der Untersuchungshaft.

Ein geisteskranker Bauräuber.

Der Lehrer Albert Peters hatte sich bei Kriegsbeginn freiwillig gemeldet, war lange Zeit im Felde und wurde schließlich wegen eines Nervenleidens entlassen. Eines Tages erschien er in einem Bankgeschäft in Cranienburg und zwang den allein anwesenden Kassierer, indem er ihm einen Revolver auf die Brust setzte, zur Herausgabe von 250 M. Ein gleicher Überfall auf ein Bankgeschäft in Wittstock mißlang, da der Inhaber den Angestellten zur Flucht zwang. Einige Tage darauf erschien Peters mit einer schwarzen Maske vor dem Geschäft in den Geschäftsräumen des Kreditvereins zu Königsmusterhausen. Während er die dort tätigen Beamten mit der Pistole im Schuß hielt, ergreif er ein ganzes Bündel Banknoten und flüchtete damit. Etwa eine Stunde darauf wurde er völlig zusammengebrochen, im Chauffeurgraben liegend aufgefunden und von einer Nachfahrpatrouille verhaftet. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte Dr. Salinger, daß der Angeklagte als geisteskrank anzusehen sei. Peters sei vom Wittstock entlassen worden, weil er seinen Vorgesetzten gemeldet habe, er werde auf Posten in der Nacht stets die Gefallenen in langen weißen Gewändern auf sich zukommen. Er habe sich auch für den größten Feind und habe im Untersuchungsgefängnis einen Selbstmordanschlag gehabt, weil er sich einbildete, zwei Gulden wollten ihm seine Erfindung, ein Flugzeug ohne Propeller und Tragflächen, rauben. — Das Gericht kam zur Freisprechung und Haftentlassung des Angeklagten.

Verantwortlich für Inhalt: Verleger, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Willy Scholz, Berlin, für Anzeigen: Erhard Giese, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Verlag, Berlin, Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3, hierzu 1 Beilage.

Rudolf Dahl's Leitfaden.

Berechnungen und Tabellen der Wechselräder beim Gewindeschneiden an der Leitspindel-Drehbank wie für die Universal-Fräse-Maschine. Teilung, Gradstellung und Steigung der Spirale. Nebst Anhang: Anleitung zu Berechnungen beim Konischschneiden sowie zum Hobeln und Fräsen schräger Flächen. 13. Auflage. Preis 3,40 M. 254 D. Verlag von Karl Pataky, Berlin W 35, Lützowstr. 2.

Homburger

ELISABETH BRUNNEN

Saben Sie schon einmal darüber nachgedacht, in welcher Weise sich die natürlichen Vorgänge Ihres Körpers regeln, durch welche Unterlassungsünden alle möglichen Krankheiten hervorgerufen werden? Lesen Sie die neue Gratis-Broschüre der Brunnen-Verwaltung Bad Homburg mit zahlreichen Gutachten ärztlicher Autoritäten; sie wird Ihnen manchen beherzigenswerten Wink geben.

Nabe Unterplat

Recht erstklassiges Grundstück mit Offenhaltung und Warmwasser. 2,3 und 4 Zimmerwohnung. 1.240 000 M. zu verkaufen durch

Julius M. Bier, Leipzig, Straße 20, Zentrum 12250/53.

Die Nacktheit! Orientalische Kunst!

24 verschiedene Original-Aufnahmen. Ägyptische und italienische Frauenschönheiten. 24 Stück 7 M. — franko Nachh. 1912

Aufsehen erregende Naturaufnahmen! 29 Stück sortiert 7 M. Wiederverk. des. hül. Preis. Müller & Winter, Abt. G., Leipzig, Kronprinzstr. 43.

Schlößerei-Grundstück

nabe Schlosshof Schöneberg mit 1, 2 und 3 Zimmerwohnungen ohne Komfort, zum Preise von 225 000 M. bei Anzahlung von 25 bis 30 000 M. zu verkaufen. Die Schlößereisiedlung mit Rundherd kann erst zum Preise von 10 000 M. übernommen werden. Nähere Auskunft erteilt

Julius M. Bier, Leipziger Str. 20, Zentrum 12250/53.

In Schöneberg

wundervoll am Stadtpark gelegen, habe ich ein sehr schönes, modernes Wohnhaus mit allem Komfort, 5 und 6 Zimmerwohnungen, mit sehr schönem Garten, mit nur einer geringen Hypothek, bei einem Erlöse von ca. 35 000 M. zum Preise von 455 000 M. zu verkaufen.

Julius M. Bier, Leipziger Straße 20, Zentrum 12250/53.

Möbel-Verkauf!

Metallbettstellen, Rollbarrmatratzen, Nachtschritte, Kleider- u. Wäschechränke, Wasch- Toiletten, Sessel, Stühle, Glasvitrinen, ärztliche Instrumente wie Röntgenapparat usw. zu verkaufen. 120/15, Königsgrüner Str. 105, Pflözner.

Einfachen doppelte

Rochkisten

mit gut verarbeiteten Emailleplatten in höchst feiner Ausführung hat billig abgegeben Ernst Colditz, A u e im Erzgeb., Nordstr. 3.

Juwelen Perlen
Margraf & Co. G.m.
Königsplatz 1 - Berlin - Tauentzienstr. 133
Auch Ankauf

Arbeitsstuben
ref. Heimarbeiterrinnen für höhere Stellen sowie Arbeiterhemden per sofort und für dauernd gesucht.
Wendungen Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Str. 52/54

Biedorf Süd
Kaulsdorf-Süd
in der Nähe v. Ost. Siedow
□ R. von St. 25. — ca. 3000 qm. Grundfläche
Wiederholende Versteigerung
Wiele Realofferten in letzter Zeit.

Villen-Grundstücke
Falkenhagen-West
in der Gegend v. Gatersleben
die a. Ost. Seegegend, nächste St. n. Spandau, b. Anlage u. Obstgärten. Wert. Garten u. Grundfläche an ges. St. Straße, mit Gas- u. Wasserleitung. Auch Waldgrundstücke. □ R. von St. 25. einwärts.

Gartengrundstücke
a. Anlage n. Ostgärten. Ost. fruchtbar. Ackerland, teils an ges. St. u. regul. Straße n. G. — u. Wasserleitung. Kaulsdorf-Nord, direkt a. Bahnh. b. g. zu St. St. 18 nach Sp. Biedorf-Nord, Station der Stadt □ R. v. St. 49. — an. Günstige Zahlungsbeding. Auskünfte an den obigen Adressen u. bei der
Eigenheim-Gesellschaft
Nieschale & Nitsche,
Berlin NO 43,
Rens Rönnekestr. 16

Prozesse. Rat, Beistand, mäßige Preise, Teilzahlung, Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Eingaben, Gnadengesuche. Langenrichstr. Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H., Alexanderstraße 48 (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz), (9-7) Glanz-Erfolge! Beobachtet, Sonnt. 10-12.

Megolith-Werk

m. b. H., Altona-Ottensen, Kronprinzenplatz 4, Tel.: Alster 4657.

Vertreter überall gesucht!

Preussische Landesversammlung.

38. Sitzung vom 27. Juni, 12 Uhr.

Am Regierungstisch: Haenisch. Auf eine kleine Anfrage des Abg. Dallmer (Dnat. Sp.) erklärt Minister Haenisch, er wolle auf die Volkshochschulen im Rahmen einer kleinen Anfrage nicht ausführlich eingehen, sondern nur feststellen, daß die Bewegung der Förderung durch die Staatsregierung sicher sein könne.

Es folgt die Beratung eines Zentrumsantrages über die Entschädigung für die Gemeinden und die Einwohner in den besetzten Gebieten.

Abg. Schäling (Z) berichtet über die entsprechenden Verhandlungen im Staatshaushaltsausschuß, der folgenden Antrag angenommen hat: Die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß entsprechend dem von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetz für die den Gemeinden und Einzelwohnern des besetzten Gebietes aus der Belegung entstehenden Unkosten sofort Entschädigungsmassnahmen aus Reichsmitteln durchgeführt und an die Gemeinden unverzüglich angemessene Vorläufe gezahlt werden.

Abg. Geh (Ztr.) begründet einen Antrag betreffend Erhöhung der Vorläufe auf mindestens 400 Millionen Mark. Er empfiehlt ferner einen Dringlichkeitsantrag, der die Regierung ersucht, der Landesversammlung alsbald bekanntzugeben, was sie zu tun gedenke, um die schwere Belastung des westlichen besetzten Gebietes durch die Unterzeichnung des Friedens nach Möglichkeit erträglich zu gestalten.

Ein Regierungsvertreter fasst aus, das Entschädigungsgesetz befindet sich in voller Ausführung. Die dem Regierungpräsidenten in Köln vor zwei Monaten zur Verfügung gestellten 60 Millionen seien jetzt um 25 Millionen erhöht worden.

Abg. Weber (Soz.): Diese Frage darf nicht vom parteipolitischen Standpunkt aus behandelt werden. Auch wir sind für eine Erhöhung der Vorläufe.

Herr Dorien hat noch immer Fühlung mit Zentrumskreisen und seine Abtrennungspläne noch nicht aufgegeben. (Hört! hört!) Wenn seine Pläne nicht gelingen, so ist dies den sozialdemokratischen Arbeitern zu verdanken. An dem großen Elend in den besetzten Gebieten haben die Kriegshörer die Schuld.

Abg. D. Klingemann (Dnat. Sp.) schildert die willkürlich und höchst ungleichmäßig verteilten Einquartierungslasten in den Städten des besetzten Gebietes.

Abg. Zimmer (Dem.): Die Rheinländer wollen bei Deutschland und bei Preußen bleiben. Den notleidenden Gemeinden muß höchsteingiebig geholfen werden.

Abg. Beckert (L. Soz.) weist auf die argen Schikanen mit dem Pazifismus in den besetzten Gebieten hin.

Abg. Dr. Kalle (D. Sp.): Auf die Aufmachung der Republik Dorien hat die Bevölkerung mit Verachtung reagiert, und einmütig mit einem Protestbrief darauf geantwortet. Herr Dorien hat aber ein so dickes Fell, daß ihn auch die Lächerlichkeit nicht tötet. An den Propaganda-Versammlungen im Rheingau und Mainau hat aber auch der Redakteur der „Rheinischen Volkszeitung“ teilgenommen. Sind dem Zentrum diese Vorgänge bekannt? (Rufe im Zentrum: Nein!)

Abg. Geh (Zent.) weist entschieden jeden Ratel zurück, der auf seine Parteifremde geworfen werden sollte.

Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen dem Abg. Weber (Soz.) und Jörgel (Soz.) einseitig und dem Abg. Geh andererseits werden der Antrag des Staatshaushaltsausschusses sowie die beiden Anträge Geh angenommen.

Das Haus beginnt darauf die zweite Lesung des Staatshaushaltsplans für 1919.

Präsident Leinert teilt mit, daß durch Vereinbarung im Rechtsausschuß für die Beratung jedes einzelnen Spezialtitels ein bestimmtes Zeitmaß vorgesehn worden sei.

Zur Beratung steht zunächst der Haushalts der Justizverwaltung.

Der Staatshaushaltsausschuß schlägt Entschlüssen vor, wonach 1. frühere Zurücksetzungen von Rechtsanwälden bei der Ernennung zu Notaren aus politischen und konfessionellen Gründen wieder zugunsten gemacht werden sollen, 2. die Rechtsanwäldin allgemein nach zwanjg Dienstjahren und nach zehnjähriger Anwesenheit am Amtstag zu Notaren ernannt werden sollen, 3. die Aussetzung von Arbeitern und von Frauen zu den Schöffen- und Geschworenengerichten gesichert werden soll, 4. das

Belagerungszustandsgesetz dahin reformiert werden soll, daß gegen Urteile der außerordentlichen Kriegsgerichte die Revision an das Reichsgericht, sowie das Wiederaufnahmeverfahren eingeführt wird.

Anträge der Abgg. Dr. Deereberg und Lüdike (Dnat.) sowie Dr. Friedberg (Dem.), Abg. Dr. Schreiber (Dnat. Dem.) und Dr. Berndt-Stettin (Dem.) betreffen die Verleihung des Notariats an Rechtsanwälte.

Von dem Abg. Lüdike (D. Nat.) und Genossen liegt der Antrag vor, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß bis zu anderweitiger Regelung das Vergnadigungsrecht des Trägers der Staatsgewalt in Preußen durch die Reichsgewalt nicht angetastet wird und daß die Regierung das Recht der Amnestie nur unter Zustimmung der Landesversammlung anzuknüpfen befaht ist. Der Rechtsausschuß beantragt, den Teil dieses Antrages bezüglich des Vergnadigungsrechtes abzulehnen.

Abg. Miel (Z) fordert, das Schwergewicht des Strafprozesses in die Hauptverhandlung zu legen, und tritt ferner für die Hebung der Lage der Akteure, der Kanzleigehilfen und der Aktiare ein.

Justizminister Am Schußoff will nach Möglichkeit den Beamtenwünschen Rechnung tragen.

Abg. Heilmann (Soz.):

Die Vorschläge des Präsidenten, für die Beschleunigung der Sitzberatungen sind durch die Geschäftslage des Hauses begründet, das bisher nicht sehr viel positive Arbeit zustande gebracht hat. Unsere Arbeit muß sich dem raschen Pulsschlag der Zeit so weit anpassen, daß nicht diejenigen draußen Recht behalten, die das Parlament des allgemeinsten und freiesten Wahlrechts eine „Schwabbade“ nennen. Die Vorschläge sind sämtlich einstimmig oder mit großer Mehrheit angenommen worden. Eine Reihe der Anregungen des Ausschusses hat das Ministerium in Verordnungen bereits berücksichtigt. Wir begrüßen die neue Verordnung über die Handhabung des Vergnadigungsrechtes und die Ergänzung der Gefängnisbeiräte durch Zuziehung von Arbeitern. Das Amendement Bäckers, der Regierung das Recht der Amnestie zu entziehen und dieses der Landesversammlung vorzubehalten, lehnen wir ab. Nicht erörtert hat der Ausschuß die Frage der Rechtsstellung der Referendare. Heute können sie einfach durch Entscheidung des Oberlandesgerichtspräsidenten aus dem juristischen Vorbereitungsdienst entlassen werden, ein Anspruch auf ein geordnetes Disziplinarverfahren steht ihnen nicht zu. Ich selbst gehöre zu denen, die wegen sozialdemokratischer Gesinnung aus dem juristischen Vorbereitungsdienst entfernt worden sind. Ich bin überzeugt, die jetzige Regierung hat nicht die Absicht, ebenso zu verfahren, aber in jüngster Zeit ist auch der Verdacht aufgetaucht, daß es sich in dem Falle eines Allensteiner Referendars um eine politische Maßregelung handeln könnte. Darum scheint mir nötig, die erwähnte veraltete disziplinarrechtliche Bestimmung zu ändern. Von weittragender Bedeutung ist die Frage des Einflusses der revolutionären Umwälzung auf die Rechtspflege insbesondere auf das Strafrecht. An dem Maßstab des Vertrauens gemessen, daß das Volk zum Strafrecht hat, würden wir sämtlich zu einem vernichtenden Urteil über die bisherige Strafrechtspflege kommen. Es ist sehr charakteristisch, daß wir bei allen Unruhen, die wir jetzt erleben, ein Sturm auf die Gerichtsgebäude und das Verbrennen der Strafakten erfolgt. Freilich sind gerade an diesen neuesten Ausfärcitungen in erheblichem Umfang ausgesprochene Verbrecher beteiligt, aber die Volksmassen, die sich von jenen führen lassen, hätten z. B. in Hamburg das Justizgebäude nicht gestürmt, wenn nicht eine so allgemeine Abneigung, ein so weitgehendes Mißtrauen nicht nur dem Militär, sondern auch den Zivilstrafgerichten gegenüber bestände. Nicht nur der Inhalt der Strafgesetze ruft die Kritik hervor, sondern ebenso die Personen, die die Strafrechtspflege ausüben, die Strafrichter, die dem Volk fremd und feindselig gegenüberstehen, wie ihnen das Volk fremd und feindselig gegenübersteht. Wir wollten nicht die ganze Verwaltung plötzlich in Unordnung bringen und die ganze Rechtspflege über den Haufen werfen, wie man es z. B. in Ungarn gemacht hat. Daher sind Verordnungen ergangen, die bestimmen, daß alle Beamten im Amte bleiben, alle Gelehe weiter bestehen, und diese Verordnungen sind schon vom 12. bis 14. November ergangen und tragen auch die Unterschriften von Adolf Hoffmann, Rosenfeld und Breitscheid. Aber die Umwandlung im Verwaltungs- und Richterpersonal ist heute noch lange nicht so weit gediehen, wie wir es gern wünschen. Unter den Berufsrichtern ist fast keiner aus der Arbeiterklasse hervorgegangen, daher die Klagen über Klassenjustiz. Wir müssen daher fordern, daß

kein Gericht ausschließlich mit Berufsrichtern besetzt, kein Urteil ohne Zuziehung von Laien als Schöffen oder Geschworenen gefällt wird, wobei wir den letzteren den Vorzug zu geben durchaus geneigt sind.

Der Redner begrüßt die Freisprechung Ledebours, der sich in der Volksversammlung der Berliner Arbeiter mit kräftigen, schönen Worten über den Versailles-Frieden ausgesprochen habe. Schon im Reichstage hat Ledebour entschlossen die polnischen Ansprüche auf Westpreußen und Danzig abgelehnt. Die im Ledebour-Prozess behauptete Theorie, als ob nun nach der Revolution ein jeder das Recht auf Revolution hätte, lehnen wir ganz entschieden ab. Die Revolution des 9. November war eine Revolution des ganzen Volkes. (Nachen rechts.) Jetzt handelt es sich nur um Putsche kleinerer oder größerer Gruppen. Der Staat kann das Recht nur schützen, wenn er anerkannt wird und nicht fortwährend durch Gewaltangriffe bedroht ist. Wir leben jetzt in einem

Zeitsturz unerhörter Massenverbrechen.

(Zustimmung.) Bewaffnete Banden rauben und plündern. Raubendiebstahl, Raub am lächeln Tage sind Erscheinungen, die wir früher nur nach Mexiko belegen und die jetzt in Deutschland gang und gäbe geworden sind. (Sehr richtig!) Diese Zustände stehen im Zusammenhang mit der tiefen Demoralisation, die der Krieg hervorgerufen hat, aber auch im Zusammenhang mit den gegenwärtigen politischen Bewegungen. Fast jeder politische Streik ist gegenwärtig von Plünderungen und Ausschreitungen scharfer Art begleitet, Recht aber steht Frieden voraus. Die größte Gefahr auch für die Rechtspflege bietet eine Bewegung, die man Strolchewismus nennen kann, die unter dem Deckmantel politischer Ziele auf nichts weiter abgesehen als auf Raub und Plünderung. (Sehr richtig!) Dem sollten alle Parteien entgegenzutreten. Besonders aber diejenigen, denen am Aufstieg der Arbeiterklasse und an einer wirklichen Rechtspflege etwas liegt. Diese Bewegung bereitet der Reaktion den Weg.

Jede Diktatur ist Gewalt, Verneinung des Rechts. Wer sie predigt, hat auch das Recht verloren, Forderungen an die Rechtspflege zu stellen. (Lebhafte Beifall.)

Justizminister Am Schußoff erklärt die Bedenken des Redners über die Referendare für gerechtfertigt und sagt ferner die Reform des Disziplinarrechtes zu.

Abg. Dr. Schreiber (Dem.) schildert die traurige Lage der Beamten der Justizverwaltung. (Schluß folgt in der Abendausgabe.)

Groß-Berlin

Rednerkurzus. Sonnabend, 28. Juni, abends 6 Uhr, Konferenzsaal der „Vorwärts“-Redaktion.

Arbeiterräte von Groß-Berlin.

Montag, den 30. Juni, vorm. 11 Uhr, in den Germania Sälen, Chausseestraße

Vollversammlung

aller Arbeiterräte, der kommunalen Arbeiterräte und der Delegierten der Soldatenräte von Groß-Berlin.

Tagesordnung: „Die letzten Vorkommnisse.“ In Verbindung der Vorsitzenden die Mitglieder des Vorkommnistates: Franz Büchel, Fritz Kano, Stolt, Richard Lange.

Arbeiterräte, kommunale Arbeiterräte und Delegierte der Soldatenräte S. B. D., Montag, den 30. Juni, vormittags 9 Uhr, in den Germania Sälen (kleiner Saal)

Fraktionsitzung.

Tagesordnung: Stellungnahme zur Vollversammlung. Der Fraktionsvorstand: P. Haase.

Arbeiterräte der Staatsbetriebe! Die für heute abend in den Zellen 23 anberaumte Sitzung wird bis auf weiteres verschoben. Fischer.

Sie treiben es auf die Spitze.

Wir mußten schon einmal Gelegenheit nehmen, festzumagen, daß militärische Werbestellen Leute, die sich zum Dienstentritt melden, einfach deshalb zurückweisen, weil sie Mitglied der S. B. D. sind

Der Alte.

Eine Skizze von Hans Reimann.

Diermal am Tage führte mich mein Weg an der französischen Kathedrale vorbei. Am Aufengürtel der Stadt liegt meine Behausung und umweit des Rathesgebäudes der Ort meiner Tätigkeit. Da nun das Angesicht der Kirche nach dem Marktplatz weist, so springt mich frühmorgens sowie nach Tisch — also auf dem Gange zu meiner Arbeitsstätte — die Rückseite der Kathedrale an, mittags dagegen und des Abends die von irrinnigen Bieraten starrende Fassade. Und da nun weiterhin das Gotteshaus, einem Menschenbrecher zu vergleichen, die Mitte der Straße einnimmt, dergestalt, daß die von mir täglich beschrittene (ergänze: Straße) sich notgedrungen in eine Gabelung hat fügen müssen und beiderseits das mächtige Gebäude umhüllt, die Bauten der Bürgerlichen weit zurückdrängend, so fühlte ich zweimal täglich auf dem Hinwege und zweimal täglich auf dem Heimwege die Frage meinen Kopf bestürmen: „Soll ich rechts herum oder links herum die Schritte lenken?“ Worauf es aus mir heraus antwortete: „Nach dir das Leben nicht unnötig schwer, Hans. Ob du rechts dich wendest oder links, ist einerlei; denn die beiden Wege vereinigen sich, sobald sie die Kirche umschlossen haben.“

Weil mir dies einleuchtete, und weil ebendenselben durchaus klar war, daß endgültige Beschlüsse vor einem Scheidewege zu treffen, immerhin eine Angelegenheit sei, die man nicht mit „Nuckel“ oder „Festgedruff“ lösen dürfe, daß jedoch andererseits der Fall in meinem Falle schlicht und unverwickelt läge, indem der Scheideweg mit nichten ein Scheideweg sei, lief ich, ohne zu fadeln, rechterhand um die Kirche herum, oder auch, wenn es mir Miß beliebte, zur Linken. „Es ist ja Zode wie Beinleid“, sagte ich mir.

Aber ich hatte mich bitter getäuht, und es war keineswegs Zode wie Beinleid.

Als ich mir nämlich eine Woche hindurch das harmlose Vergnügen gönnt hatte, viermal täglich den rechten Pfad einzuschlagen, erblühte ich eines Morgens auf dem untersten Absatz einer Stintreppe, die von der Seite her in den Rumpf der Kathedrale führt, einen zerklüfteten Greis, der sichtlich blind war, wenn ich mich so ausdrücken darf, und der dennoch heimtückische Blicke nach mir bligte. Selten traf ich Menschen in der Nähe der Kathedrale, und vollends auf den Treppenstufen hatte ich noch kein lebendes Wesen gesehen. Das ganze Viertel, in welchem die Kirche vor Anker liegt, ist öde und ohne Leben: ein

verhungertes Rötter oder eine schene Stage drüden sich vergrämt an den bleichstüchtigen Häusern entlang, und gespenstisch klingt es, wenn eine Frauenstimme lacht. Wie unter Wasser. Erst in der Dämmerung, da das Grelle und Bunte in Schemen löst, regt sich hier und da ein zagz Strudeln.

Es hodte also ein Greis mit schmierig-stieren Pupillen auf der Treppe, zog kriecherlich die Trümmer eines Hutcs und verfolgte aufmerksam den Tritt meiner Füße. — Ehe ich um die Ecke bog, wendete ich mich herzklöpfend um: der zahnlückige Alte, der mir grinnend hinterdrein geglupft hatte, ruckt seinen Spirituskopf blingefchwund geradeaus und tat, als sei er die Sarmlosigkeit selbst.

Ueber meinen Geschäften vergah ich ihn alsbald, zur Mittagstunde aber, als ich — nun schon getochnheitsgemäß — rechts an der Kirche vorüber strebte, fiel er mir wieder in den Sinn und fort zur gleichen Sekunde in die Augen. Denn da sah er, blindlings und säkierig wie eine Qualle, streckte das ehemalige Nütchen aus und beluchste mich. — An der Ecke drehte ich mich nicht um, sondern hastete weiter.

Nach dem Mittagbrot überlegte ich hin und her, ob ich im großen Bogen die Kathedrale umschleichen und dem Blinden entflüchten sollte; Neugier jedoch und heftig aufbrausender Mannesmut trieben meine Füße den vertrauten Weg; und richtig, der Alte lauerte auf seinem Plage. — Des Abends gleichermachen.

Vom nächsten Tage an lief ich bald rechts bald links um die Kirche herum, planlos und willkürlich, wie es mir einfiel. Und immer sah der Blinde da und wartete auf mich.

Da packte mich die rote Rut, und ich hörte ihm in die haarbedüchtelten Ohren, warum er in Dreiteufelsnamen mein Leben aus dem Gleichgewicht bringe.

Die Worte rannen von ihm ab, als höre er nichts. Des Nachts zerküßte ich mein Bett, und wenn ich mott und müde einschliefe, erschien der Krüppel mir im Traum und überwacht: meinen Schlaf.

Oh, das war unerträglich. So konnte es nicht bleiben. Ich mußte das Geheimnis dieses Menschen in den Grund bohren. . .

Drum, als ich eines nachts die Ruhe — trotz „Adalin“ — nicht finden konnte, machte ich mich auf und eilte an die Kathedrale. Blaugrün, sah wie bemott, hing der Himmel; von Sternen und von Mond nichts zu verspüren. Gleichsam aus knittigem Stanniol gepreßt, wucherte die Kirche über die geduckten Dächer rundum.

Den Pfad zur Linken sälug ich ein, tiefst überzeugt, den Greis auf seinem Posten anzutreffen. Das Bild, wie er da blind und schweigsam auf der Treppe hockt, hämmerte ich mit fleischer Wut in die Gedanken ein, damit sie nicht allzu jäh aufstanzten, wenn er dasätz.

Und, weiß der Henker, er sah da. Kein Phantom. Er war es wirklich.

Hort vor der Treppe machte ich kehrt und stob, von den Furien geholt, rings um das Gotteshaus — hinüber zu der zweiten Treppe — er sah auch dort.

„Da brach ich in die Arme und schleppte mich — ich höre Bleigewichte rasseln — zurück zur ersten Treppe, leuchend: Er sah auch dort, stumm, schleimig, grauam.“

Er sah auf beiden Treppen, und ich entkam ihm nicht. Hier gab es kein Entrinnen. Mit meinen letzten Kräfte stürzt ich mich auf den Kerl, ihn zu erdroffeln — ich griff in die Luft, ein wirrgeräuscher Hut blieb in meinen Fingern.

Von jener Nacht an schloß ich mich in meine Kammer, und niemals mehr betrat ich die Straße. Ich wage es nicht. Langsam geh' ich zugrunde. Der Alte will's.

Notizen.

— Dec starke Wille der Richter. In der Monatschrift „Deutsche Arbeit in Oesterreich“ läßt Hermann Ullmann einen Aufsatz über die Friedensbedingungen in die trogberichten Sätze ausmünden:

„Wir werden arm werden, sehr arm und wenig beneidenswert. Das wird nebenbei den Vorteil haben, daß uns die verlassenen, die nicht zu uns gehören und uns nur mißbraucht haben als Ausdeutsche. Man wird uns wieder einmal als „Kulturträger“ verwenden wollen. Wir werden für die Welt sein sollen, ohne ernten zu dürfen. Wir schienen der friedlichen Welt als wirtschaftliche, friedliche Wettbewerber gefährlich, wir werden ihr als Rartiere, Unrecht Verdenbe, Unterdrückte noch gefährlicher. Davon wird schon vorher schöpferisch so werden wir es im Unglück doppelt sein. Wir werden die uns gemähe und der Welt nicht gleichgültige Form des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Lebens dennoch und gerade deshalb entwickeln; wenn es sein muß, in Verbannung und Fremdberrschaft. Die Gedanken sind frei. In der Kunst des freien Denkens waren die Deutschen immer Meister. Aus freiem Denken aber wird früher als wir in diesen dunkelsten Tagen unserer Geschichte zu hoffen wogen, freies Handeln erwachsen.“

Das ist es, was die Besetzten brauchen: der mutige Wille, der im Abgrund einzig an die Tat denkt, in die harte Holzwand Stufen zu meißeln, die wieder emporführten in gedeihliche Helle.

und dazu noch das Unglück hatten, ehemals im Dienste der aufgelösten Republikanischen Soldatenwehr gestanden zu haben. Einem solchen, völlig unzulässigen Mann gab nun der Kommandeur der 2. A. d. R. (Wachabteilung der Kommandantur) ein Schreiben mit, worin die Entlassung befürwortet wurde. Dieses Schreiben kam an die Kommandantur zurück mit dem sehr interessanten Vermerk: „Da der Kommandeur kein Offizier ist, erkennen wir die Unterschrift nicht an.“ Der Kommandeur Hellerer ist vom Reichswehrminister als Kommandeur eingesetzt und wir fragen: Wie weit soll diese Aufgeblähsenheit noch gehen? Offizier ist Hellerer von Beruf zwar nicht, aber was Takt und Aufwand betrifft, kann so mancher Offizier von ihm lernen.

So kommandieren jetzt die Hauswirte!

Ja, jetzt haben Hauswirte und Hausverwalter es wieder so, wie sie es sich lange gewünscht hatten! Jetzt sind sie wieder „Herr im Hause“ — und wehe dem Mieter, der ihren Zorn erregt! Was sagt ein Mieter dazu, wenn ihm (wie es in Berlin in einem Hause der Veteranenstraße geschehen ist) vom Hausverwalter folgende Drohung zugeht: „Sie lautet: „

Die unangenehmen Beschwerden der Mieter und die fortwährenden Verschärfungen und Verschärfungen des Mietvertrages veranlassen mich, Sie nochmals auf die Bestimmungen des Mietvertrages hinzuweisen und Sie um umgehende Unterzeichnung und Rückgabe der anliegenden Erklärung zu ersuchen, indem ich andernfalls mich gezwungen sehen würde, von meinen Kündigungsrecht Gebrauch zu machen.“

Die Erklärung, die der Mieter zur Vermeidung der Kündigung unterschreiben soll, hat folgenden Wortlaut:

„Es ist mir bekannt, daß nach den Bestimmungen des Mietvertrages der unzulässige Aufenthalt vor den Haustüren, auf den Höfen, Treppen oder Fluren, insbesondere das Spielen der Kinder an diesen Orten nicht gestattet ist. Ich erkläre dem Vermieter das Recht zu meinen Mietverträgen jedweder nach einmonatiger Kündigung aufzuheben, sofern von mir oder meinen Familienangehörigen die vorkommenden Bestimmungen nicht eingehalten werden.“

Wenn dieser Hausverwalter ernsthaft den Versuch machen wollte, wegen „unzulässigen Aufenthalts“ vor den Haustüren usw. sowie insbesondere wegen Spielens der Kinder dem Mieter die Wohnung zu kündigen, dann hätte ja gütlichlicherweise noch das Mietvereinigungsamt mitzureden. Wir sind nicht darüber im Zweifel, welche Antwort es ihm geben würde.

Mieter, die selber steigern —

Ein seltener Mensch ist der Verwalter des Hauses Turmstraße 69 in Berlin. Seine Verwaltungspflicht gebietet ihm, aus dem Hause einen nicht zu knappen Profit herauszuwickeln. Er bringt es aber nicht über's Herz, die Hausbewohner durch Mietersteigerungen zu kränken. In diesem Konflikt ist er auf ein Mittel verfallen, das wirklich originell ist. Den Mietern hat er vorgeschlagen, selber die Zahlung der höheren Mieten anzubieten, die er für nötig hält. Folgende Erklärung, deren Wortlaut er ihnen brieflich überliefert hat, soll von ihnen schriftlich abgegeben werden:

„Ich habe mich auf die zeitigen Hauskostenoffiziere im Jahre vom 1. Oktober 1919 ab für meine bisherige Wohnung eine monatliche Miete von 100 Mark (einschließlich Nebenkosten) vereinbart.“

„Eine solche Idee, nicht wahr? So erbitet der Verwalter sich den Schmers, ein Mietersteigerer zu heißen, dem Hausbesitzer aber entgeht kein Profit nicht. Auf den ersten Blick könnte es scheinen, daß bei diesem Verfahren kein Mietvereinigungsamt bemüht zu werden braucht. Wir hoffen aber, daß es eine Möglichkeit gibt, auch vor solchen „freiwilligen“ Selbststeigerungen die Mieter zu schützen. Die Mieter des Hauses Turmstr. 69 sollen für den schönen Gedanken, dem Wirt die gewünschten höheren Mieten zu „offertieren“, kein Verständnis gezeigt haben.“

Woju sind unsere Ärzte da?

Am 12. März 1919, abends gegen 1/2 11 Uhr, wurde in dem Hause Strahmannstr. 30 durch eine verrückte Gewehrpatrone ein Fräulein Lehning durch einen Genickschuß verwundet. Ein Transport der Verwundeten zu einem Arzte war infolge des großen Blutverlustes nicht möglich. Deshalb wurde der Kranke gegenüber, Peterburger Straße 28, wohnende Sanitätsrat Dr. Schäfer gebeten, der Verwundeten in ihrer Wohnung die erste Hilfe anzubringen zu lassen. Dieser Arzt lebte das ab mit der Weisung, daß man ihm die Kranke darüber bringen solle, hinüber läme er nicht. Jrgendwelche Gefahr für Straßenpassanten bestand aber nicht, da an dem fraglichen Tage in der Gegend die größte Ruhe herrschte. Der nunmehr zu Rate gezogene Arzt, Dr. Ledebusch, Strahmannstr. 41, ortnete sofortige Ueberführung der Verwundeten in das städtische Krankenhaus am Friedrichshagen mittels Krankenauto an. In einem Wagon zu fuhr war trotz der geringen Entfernung nach seiner Meinung infolge der Schwäche nach dem unglücklichen Blutverlust gar nicht zu denken.

Auf eine Anzeige beim ärztlichen Ehrengericht ist dem betr. Patienten unterm 17. Juni folgender Bescheid zugegangen:

Ihre Beschwerde vom 15. März 1919 hat uns nach Anhörung des Beschuldigten keinen ausreichenden Anlaß gegeben, gegen diesen ehrengerichtlich einzuschreiten. Der Beschuldigte hat erklärt, daß er in der fraglichen Zeit wiederholt infolge der Strapazen infolge der Ausübung seiner ärztlichen Tätigkeit in Lebensgefahr geraten sei, er habe sich deshalb nicht mehr für verpflichtet erachtet, dem Verlangen nach seiner ärztlichen Hilfe unter Verlassen seiner Wohnung Folge zu leisten, zumal er nicht militärisch hierzu verpflichtet gewesen sei.

Das Ehrengericht hat diesen Standpunkt des Beschuldigten nach Lage der Sache als ausreichend anerkannt, seine ärztliche Hilfe zu verweigern.

Unterchrift.

Die Verwundung ist lediglich auf eine verirrte Kugel zurückzuführen. Der Verweigerungsgrund ist also hinfällig. Das ärztliche Ehrengericht erkennt die eine Auslage als stichhaltig an, die von vielen Verlesenen widerlegt werden kann. Unter diesen Umständen wäre in solchen Fällen der Not überhaupt kein Arzt verpflichtet, einem Verwundeten Beistand zu leisten. Es wird nötig sein, auch für unruhige Zeiten die Leistung ärztlichen Beistands zu sichern — selbst durch Verzicht des Verdienstkreuzes für außerordentliche Kriegshilfe (erworben durch Unterweisung einiger Schwestern in Berlin).

Sokalbesitzer und das Kaffeeloch.

Die Besitzer der Sommerlokale waren in den Kriegsjahren froh, daß jede Familie ihren Kaffee-Ertrag mitbrachte und sie für das bühnen warme Wasser einen Betrag erhielten, für den sie früher Milch liefern mußten. Jetzt ist das Kaffeeloch an Sonn- und Feiertagen nicht mehr gestattet. Während der eins Besitzer den „Kaffee“ noch kochenweise abgibt, gibt der andere ihn nur in Tassen ab. Preis mindestens 25 Pf. Dafür erhält man im Frieden guten Kaffee mit Milch und 2-3 Tassen Zucker, jetzt dagegen nur eine schwarze Tasse, die man im Volksmunde als aufgebraute „Blumenerde“ bezeichnet, ohne alles. Auch der Preis einer Tasse „Kaffee“ ist verhältnismäßig hoch und gewöhnlich ist in den Lokalen ohne Teinzelabgabe der Preis ebenso bemessen als in den Gaststätten, in welchen die Teinzelabgabe gelöst ist.

In den wenigen Lokalen, in denen auch an Sonntagen noch das Kaffeeloch gestattet ist, findet man ganz wie früher noch die Scheidung der Gäste in zwei Klassen, indem an gedeckten Tischen das Kaffeeloch nicht gestattet ist. Ist die neue Zeit an den Lokalbesitzern spurlos vorübergegangen?

Mangelhafte Verpflegung auf den Kuchenspielflächen.

Aus den Kreisen der sozialistischen Lehrer wird uns geschrieben: Die Zahl der Kinder auf den Kuchenspielflächen ist eine höhere als in früheren Jahren, da die Verpflegung auf dem Land sich in engeren Grenzen halten muß. Den Schülern ist aus dem Rathaus schriftlich mitgeteilt worden, daß für reichliche Verpflegung Sorge getragen wird, und die Lehrerschaft hat diese Versicherung in guten Glauben an die Eltern weitergegeben. Es wird nun von Eltern und Schülern übereinstimmend geklagt, daß die Verpflegung durchaus unzureichend ist. Morgens soll es nur Tee geben und dann erst am Mittag eine nach Ansicht einiger Mütter zu austreichender und nachhaltiger Sättigung keineswegs geeignete Suppe. Durch von den Kindern mitgebrachte Proben haben sich Eltern eine Ueberzeugung in dieser Sache verschaffen können. Erwartet man denn im Ernst im kalten Hause, daß Kinder, die sich in frischer Luft beim Spiel tummeln, eine Kräftigung ihres Körpers erzielen können, wenn man ihnen für den ganzen Vormittag nichts weiter zukommen läßt als einen Trunk Tee? Haben denn die Verantwortlichen dieser Einrichtung nicht selber Kinder? Man hat für die Kuchenspielfläche durch Auswahl an den Schulen und schulärztliche Untersuchung eine Auswahl getroffen, um gerade besonders unterernährten und gesundheitlich gefährdeten Kindern zu helfen. Was hat denn aber der aufgewandte Aufwand für einen Zweck, wenn man dann den festgestellten erhöhten Nährstoffgehalt nicht genügt? Für uns Lehrer bleibt außerdem noch das Bedauerliche, daß oberflächlich urteilende Eltern glauben, sie und ihre Kinder seien durch Lehrer und Schule angeschmiert worden.

Warum das Inlandmehl liegen bleibt und man lieber das so viel teurere amerikanische kaufen muß, erklärt eine Arbeiterfrau so: Mit dem Inlandmehl reiche ich die ganze Woche, während ich mit demselben Quantum Inlandmehl nur 2 bis 3 Tage auskomme, und dann ist die Suppe immer noch dünn und ich habe die Menge Mehl drin. — Wäre es übrigens nicht an der Zeit, das Getreide weniger stark auszumahlen und dadurch Mehl für Menschen und Mehl für Tiere zu gewinnen? Eine andere Arbeiterin meint, wenn soviel Mehl liegen bleibt, möge man doch mal zwei Wochen lang in a l e n f r e i Brot und Mehl abgeben; dadurch würde der Getreidehandel gelähmt und die Erzeugung gemindert.

Die bestreite rote Fahne! Unter dieser Überschrift bringt die „Rosenthaler Zeitung“ eine Reihe von Anschuldigungen gegen den fürstlich zum Mitglied des Reichsausschusses für den Kreis Niederbarnim gewählten Unabhängigen Rührbrodt. Es wird Rührbrodt, der das Fleischbezugsamt der Gemeinde Rosenthal verwaltet und auch Brotkommissar ist, nachgelagt, daß er diese Tätigkeit dazu benutze, sich persönliche Vorteile zu verschaffen. Er habe sich von dem Fleisch, welches die Gemeinde als Ausgleich für Gewichtsverluste erhält, oft 10 bis 20 Pf. unentgeltlich angeeignet, was nur dadurch möglich gewesen sei, daß er als Dezentner der Fleischversorgung darauf drang, daß „genau gemessen“ werden mußte. Außerdem habe er von einem Schlächter für 18 Ratten Fleisch bezogen, trotzdem er an anderer Stelle mit der seiner Familie entsprechenden Kopfnahl eingetragener sei. Bei anderen Schlächtern habe er auch noch große Mengen Fleisch bezogen. Ganze Riegel Salz habe er sich anzuheben lassen, Markknochen soll er haben aufbauen lassen, das Wort für sich zurücklegen, die Knochen oder anderweitig verkaufen lassen. Es würde zu weit führen, alle Verschwendungsbilder aufzuführen. Wenn die Anschuldigungen der Wahrheit entsprechen sollten, dann dürfte allerdings die Frage der „Rosenthaler Zeitung“, was die Unabhängigen mit ihrem „unelitären König“ zu tun, und wie lange er noch auf seinem Throne zu verweilen gedenke, berechtigt sein. Doch Herr Rührbrodt gegen die „Rosenthaler Zeitung“ Klage wegen Verleumdung anzuklagen wird, halten wir für selbstverständlich. Oder etwa nicht, Herr Rührbrodt?

Die Wadstrafgeher. In der Steglitzer Gemeindevertretung lagte Franz (Demokr.), 90 Proq. der Wadstrafgeher seien erforderlich, um die Verwaltungsstellen der Kohlenverteilungsstelle zu besetzen. Seine Frage, ob die Kohlenverteilungsstelle beschaffte, zur Deckung der Unkosten der Verwaltung den unerhöht hohen Umlageatz von 80 Pf. pro Kopf der Bevölkerung zu erheben, wird vom Vorsitzenden bejaht.

Beim Spielen ertrunken. Der 8 Jahre alte Sohn Erwin des Tapezierers Kretsch, Pariser Str. 64, Neutisch, spielte mit anderen Knaben am Ufer des Städtischen und fiel ins Wasser. Seine Spielkameraden liefen davon, und bevor Hilfe kam, war er ertrunken. Die Leiche wurde nach der Wohnung der bedauernden Eltern gebracht.

Neulöhne. Stadtverordnetenversammlung. Einen Antrag der Demokraten, der Auflösung des kommunalen Arbeiterrotts fordert, begründete Quast damit, daß bei der jetzigen Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung und auch des Magistratskollegiums eine Kontrolle durch einen Arbeiterrot nicht mehr nötig sei. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Genosse Zeitmann kurz und bündig: Unsere Fraktion ist der Ansicht, daß die Stadtverordnetenversammlung nicht das Recht hat, eine Körperschaft, die sich innerhalb der Stadtgemeinde gebildet hat, aufzulösen. Wir werden daher gegen den Antrag stimmen. Koblitz (U. Soz.) schilderte in längerer Rede die Tätigkeit des Arbeiterrotts, die noch immer unentbehrlich sei. Nicht Auflösung, sondern Ausbau der Arbeiterräte müsse man fordern. Die Bürgerliche Vereinigung beantragte durch Zersplitter, die Gemeinde solle den Arbeiterrotts keine Mittel mehr bewilligen. Zeitmann (Soz.) wandte sich dagegen, daß dieser Antrag so plötzlich hineingeworfen wurde. Bis dahin war die Debatte sachlich und ruhig. Zu erregten Ausfällen kam es erst bei den Ausführungen Sieberts (U. Soz.), der die Frage des Kontrollrotts der Stadtverordneten gegenüber dem Magistrat erörterte. Persönliche Angriffe, die er dabei gegen den Stadtverordnetenvorsteher schloß, die er im Ausschuss den Stadtverordneten den Takt abgesprachen haben sollte, wurden von diesem scharf zurückgewiesen. Schließlich zogen die Antragsteller ihre Anträge zurück. Ein Antrag Koblitz (U. Soz.) verlangte, den Unterricht in Hoch- und Fortbildungsschulen innerhalb der Arbeitszeit der Jugendlichen möglichst in die Vormittagsstunden zu verlegen. Er fand allseitige Zustimmung und wurde der Fortbildungsdeputation zur weiteren Bearbeitung der Sache überwiesen. Die Bürgerliche Vereinigung beantragte für die Feiler des Mietvereinsamts 10 Mark Sitzungsgeld, während eine Magistratsvorlage 6 Mark für ausreichend hielt. Die Versammlung einigte sich auf 9 Mark. Den Antrag der Bürgerlichen Vereinigung, die Entschädigung der Bezirksvorsteher von jährlich 400 Mark auf 600 Mark zu erhöhen, überwiegen sie der zuständigen Deputation. Zugestimmt wurde dem im Einvernehmen mit der Sozialisierungskommission vorgelegte Magistratsantrag auf Ausführung von Bauarbeiten im Eigenbetrieb, ebenso dem Magistratsantrag auf Einrichtung eines Lagerplatzes für Baumaterialien. Eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion regte sanitäre Maßnahmen für die Gemeindefürsorge an, die — wie Stadte. Wille (Soz.) ausführte — durch die Zunahme der Bevölkerung nötig geworden sind. Stadtrat Dr. Silberstein erklärte die auffällige Verschärfung dieses Nebels aus der Herstellung weicher Holzstühle. Der Magistrat wurde für größere Sauberkeit in den Schulhäusern sorgen.

Niederhauhausen. Gemeindevertretung. Den Beamten, Festangestellten und Lehrern wurde eine Entschädigungssumme wie in Berlin und in anderen Vororten bewilligt. Mehrausgabe 165 000 M. Zu den bereits bewilligten 30 000 M. sind noch 35 000 M. zum Ankauf von Brennholz bewilligt worden. Es wurde beschlossen, von den in diesem Jahre zu errichtenden 22 Siedlungshäusern 11 Häuser Arbeitsbeschäftigten zur Verfügung zu stellen. Gesamtkosten voraussichtlich 26 000 M. bei größerer Wohnfläche 31 500 M. auf dem Gelände nur Kriegerehemitäten zu errichten, ist das Gelände viel zu teuer. Bei den jetzigen Werten handelt es sich darum, der Wohnungsnot zu steuern.

Weißensee. Gemeindevertretung. Zum Ehrenvorsitzer bezog. Bez.-Rat wurden unsere Genossen Paul Neumann, Paul Meile und Meier, anstelle des ausgeschiedenen Genossen Kahlst auf der Finanzkommission, Genosse Falkenstein gewählt. Dem Zoologischen Garten wurden 3000 Mark bewilligt; (Gegenleistung: Schulen unentgeltlicher Besuch). Dreptower Sternwarte 200 M. Jahresunterstützung. (Gegenleistung: Höhere Schulen Eintrittsgeld statt 1 M. — 40 Pf., Volksschulen 20 Pf.) Der Gehaltsvorbehalt an die Beamten, Lehrpersonen und Festangestellten wurde nach Berliner Muster bewilligt. U. S. V. hatten beantragt, die Religionsstunden an das Ende des Unterrichts zu verlegen. Die Bürgerlichen erklärten, daß eine Mehrheit, die augenblicklich die Macht in Händen hätte, die Kinderarbeit vergewaltige. Religion müsse als Sittenlehre in der Schule gelehrt werden, die Religion hätte schon andere Stürme überdauert als die Revolution. Als letzte Instanz entscheidet bei den Volksschulen die Schuldeputation. Bei dem Antrag auf Entfernung der Kaiserbilder aus Schulen und öffentlichen Gebäuden wurde von unserer Seite bemängelt, daß die Kinder über das im vaterländischen Geschichtsunterricht Gebörte noch einen Aufsatz, welcher mehrere Stunden dauert, schreiben müssen. Den Gemeindevertretern wurde bewilligt: pro Sitzung 5 M., Aufwandsentschädigung pro Jahr 300 M. und Arbeitsverdienstentschädigung, den unbediensteten Schülern, welche Dezerate innehaben, pro Monat 200 M. Dierfür sind im Etat auf Antrag der U. S. V. 24 000 M. vorgelesen. Dem Vorsitzenden des Mietvereinsamts wurden pro Sitzung 25 M. bewilligt, da Weißensee als Reichslandsbezirk erklärt ist und die Befassung durch die vielen Anträge sehr groß ist.

Friedrichshelde. Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung der Gemeindevertreter wurden die neugewählten Schöffen Reinhardt (Vöroerl.), Dr. Rod (Demokr.), Prengel und Finke (U. S. V.) und Weig (S. V. D.) sowie die neuen Gemeindevertreter der Fraktion und in ihr Amt eingeführt. Dem juristischen Hilfsarbeiter Dr. Weismisch wurde der Vorsitz im Mietvereinsamt übertragen. Hierbei kam es zu einer längeren Aussprache, weil das Mietvereinsamt nicht immer zur Zufriedenheit der Einwohnerschaft gearbeitet hat. Zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden im Mietvereinsamt wurde der Rechtsanwalt Wehrhahn, Karlshorst gewählt. Die Tagesordnungen für die in der Gemeinde tätigen zwei Arbeiterratsmitglieder wurden von M. 18 auf M. 25 erhöht. Der Arbeiterrot hat schon eine ganze Reihe Mängel in der Lebensmittelforschung beseitigt. In letzter Zeit sind wieder von einem Einflußer Kartoffelverfälschungen gemacht worden. Wie groß der Schaden ist, den die Gemeinde hierbei erlitten hat, wird jetzt festgestellt. Der Verwaltung des Zoologischen Gartens in Berlin werden 2000 M. Zuschuß gegeben. Dafür haben die Gemeindeglieder im Jahre 1919 bei Klassenbesuchen freien Eintritt in den Zoologischen Garten und in das Aquarium.

Niederhauhausen. Die Fraktion der S. V. D. erklärt zu dem Gemeindevertretungsbericht im „Vorwärts“ vom 17. Juni, Abendausgabe, daß sie der Fraktion der U. S. V. D. nicht die Schuld an dem Defizit in der Lebensmittelforschung zuschieben wolle und daß ihre jedwede Verteidigung fernliege.

Lanswitz. In der letzten Gemeindevertretersitzung entspann sich eine lebhafteste Debatte über die Frage, ob der neu zu errichtende Markt in eigener Regie betrieben, oder einem Generalpächter übertragen werden solle. Die Mehrheit des Gemeindevorstandes lehnt den letzteren Weg vor. Unsere Genossen legten durch Genossen Lido energisch Protest ein gegen die beabsichtigte Auslieferung der Bevölkerung an einen Generalagenten und verlannten Uebernahme des Marktes in eigene Regie. Deutschnationale und Demokraten brachten es jedoch fertig, mit einer Stimme Mehrheit zu beschließen, daß der Markt einem Generalpächter zur Ausbeutung übertragen werden soll. Der Beschluß zeigte wieder einmal deutlich, daß alle für erlichen Vorzeilen sich einig sind, selbst auf Kosten der Allgemeinheit, dem Kapitalismus Zutreiberdienste zu leisten.

Oberhauhausen. Gemeindevertretersitzung. In der Sitzung vom 24. Juni wurde eine Vorlage mit 18 gegen 8 Stimmen bei 3 Stimmen Enthaltung angenommen, die für jeden Gemeindevertreter pro Plenar- resp. Kommissionsitzung eine Entschädigung von 6 M. vorsieht. Ein Antrag der Demokraten, nur entsagenden Arbeitsverdienst zu entschädigen, wurde zuvor gegen 4 Stimmen abgelehnt. Ein weiterer Antrag, die Residenzpflicht der Beamten aufzuheben, wurde mit 22 Stimmen angenommen. Die nachstehenden Aufgaben der Gemeinde für Zwecke der Kriegswirtschaftspflege und Erwerbslosenfürsorge machten eine Anleihe von 700 000 M. notwendig. Die Aufnahme einer solchen wurde einstimmig beschlossen. Abgelehnt wurden zwei Vorlagen, die Erweiterungen der im Frühjahr bewilligten Feuerungsanlagen für Beamte und Lehrer forderten. Der Vertreter der Unabhängigen als auch unser Redner Gen. Birbaum wiesen es von sich, die Gemeinde als melfende Kuh betrachten zu lassen. Die Verantwortung den Wählern gegenüber und die Rücksicht auf die wenig Feuerkräftigen Schulkern der Gemeinde lassen es geboten scheinen, den ständig wiederkehrenden Forderungen einen Riegel vorzuschreiben. Das Provinzial-Kaufkollegium forderte Wiedereinsetzung der bei der Eristeration gestrichenen Position für Unterhaltung des katholischen Religionsunterrichts an den höheren Schulen. Gen. Birbaum (S. V. D.) und die Redner der U. S. V. lehnten das Anrufen des Provinzial-Kaufkollegiums ab. Religionsunterricht ist Pflichtsache der Religionsgemeinschaften! Wenn veraltete Gesetze heute noch gelten, sei es höchste Zeit, mit der geistigen Besoornung und Besorgung einiger Religionsgemeinschaften zu brechen. Nachdem der Redner des Zentrums und der Demokraten für Wiedereinsetzung der Position in der Etat gesprochen, wurde die Vorlage mit 16 Stimmen abgelehnt.

Staaken. Gemeindevertretung. Ein Dringlichkeitsantrag des Genossen Kottmann und Genossen, der für Reichshandarbeiter eine Lohnerhöhung bis zur Höhe von 220 M. pro Stunde verlangte, wurde angenommen. — Ein Dringlichkeitsantrag der U. S. V. den Schöffen Wuhl (U. S. V.) von seinem Amt als Schöffe abzuberufen, wurde mit den Stimmen der U. S. V. angenommen. Die Fraktionen der S. V. D. und Demokraten erklärten sich der Stimme. Wuhl erklärte, seinen Posten nicht niederlegen zu wollen. Das was ihm seitens der U. S. V. sehr abgenommen wurde. Das Verhalten Wuhls wurde von dem Sprecher der U. S. V. als „Gesinnungsumperel“ (Klimmsee Art) und als „bodenlose Gemeinheit“ bezeichnet. Der Gemeindevorstand für die Arbeitsbeschäftigten wurde einstimmig zurückgezogen. Einstimmig beschlossen wurde die Erziehung einer Sängerkörperschaft. Zur Ausführung der Aktionstage Amalienhof wurden die Mittel bewilligt. Bei der Erwerbslosenfürsorge wurde beschlossen, ab 1. Juli die Spandauer Säge zu zahlen, vorbehaltlich der Zustimmung der Aufsichtsbörde.

Dem Schulvorstand, welcher neu gebildet worden ist, wurde die Befähigung versagt, weil noch bestehende Bescheide der Fraktion der U. S. V. Mitglied des Schulvorstandes zu stellen hat. Ebenso wurde die Befähigung der ungewählten Gesundheitskommission versagt, da die bisher bestehende auf die Dauer von sechs Jahren gewählt ist. Die Gemeindevertretung nahm beides zur Kenntnis.

Rowwed. Gemeindevertretersitzung. Zum Antrag der Beamten- und Arbeiterkassen auf Zahlung einer Entschädigungssumme und Erhöhung der Feuerungsanlagen schlägt der Finanzausschuß vorläufig einen Vorschlag von 300 M. für jedes Kind 10 Proq. und den Unverheirateten 50 Proq. vor. Wolter (U. S.) erkennt die Kollage der Beamtenkassen an, will aber die Erhöhung des Gehalts für die Zulagen auf 6000 M. festlegen. Dimer (Soz.) spricht in gleichem Sinne, weist aber darauf hin, daß der Steuerlag von 200 Proq. nicht überschritten werden darf. Schöffe Neumann hint, nicht über die Säge des Vorschlags hinauszugehen. Nachdem noch

